



DAADeuroletter | 69

Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit

Gedanken zur Inklusion

Über den Status quo, zukünftige Herausforderungen, Chancen und Aktivitäten

Der Gastkommentar

Achim Meyer auf der Heyde benennt Voraussetzungen für das Gelingen einer sozialen Inklusion

Ziele, Möglichkeiten und Instrumente
der Teilhabe

Erasmus+ für alle



NA
Nationale Agentur für
EU-Hochschulzusammenarbeit

DAAD
Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

GEFÖRDERT VOM



Liebe Leserinnen und Leser,



hinter uns allen liegen einschneidende Monate. Die durch das Coronavirus ausgelöste Ausnahmesituation hat auch vor Ihnen in den Hochschulen, vor uns in der Nationalen Agentur und dem Erasmus+ Programm insgesamt nicht Halt gemacht. Für uns alle war Eile geboten, die Teilnehmenden am Programm zu informieren und zu unterstützen, Projekte umzuplanen und natürlich den Wechsel ins Homeoffice zu meistern. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihnen für die schnelle und gute Zusammenarbeit in dieser schwierigen Zeit.

Ich glaube, Sie alle teilen meine Hoffnung, dass der Austausch mit Erasmus+ bald wieder in gewohnten Bahnen verlaufen wird und das Programm vielleicht sogar mehr Teilnehmende denn je erreichen kann. Wann das genau sein wird, kann leider im Moment niemand mit Sicherheit sagen. Die NA DAAD hat sich in dieser Krise erfolgreich dafür eingesetzt, dass Mobilitäten und Projekte digital fortgesetzt und ab dem Wintersemester sogar digital begonnen werden können. So sehr wir hoffen, dass bald wieder Auslandsaufenthalte vor Ort möglich

sein werden, haben die Sicherheit und das Wohlergehen aller Teilnehmenden am Programm für uns höchste Priorität.

Aber nun zum Thema unseres Hefts: Neben Digitalisierung werden Inklusion und soziale Teilhabe eine wichtige Rolle in der neuen Erasmus+ Programmgeneration spielen. Wie der Titel des vorliegenden *DAADeuroletters* ausdrückt, soll *Erasmus+ für alle* zugänglich sein. Dafür möchte die EU-Kommission das Programmbudget auch deutlich erhöhen.

Wir stellen Ihnen in diesem Heft unter unserem Top-Thema einige Gedanken für ein inklusiveres Programm vor. Inklusion wird in Deutschland oftmals noch als Unterstützung von Menschen mit Behinderung verstanden. Der angestrebte Inklusionsbegriff im Erasmus+ Programm nimmt das mit auf, richtet sich aber auch explizit an alle Facetten der sozialen Inklusion. Damit sind zum Beispiel Studierende mit Kind(ern), Erstakademiker und Erstakademikerinnen oder Menschen aus unterrepräsentierten Regionen gemeint.

Markus Symmank aus der NA DAAD stellt in seinem Beitrag den Status quo zu den Perspektiven der Herausforderungen vor, die uns auf dem Weg zu einem inklusiveren Programm begegnen. So beleuchtet er die Anfänge der NA DAAD im Jahr 1999 mit der Einführung einer allgemeinen Förderpraxis zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung und stellt dar, welche Veränderungen notwendig sind, um soziale Teilhabe zu verbessern.

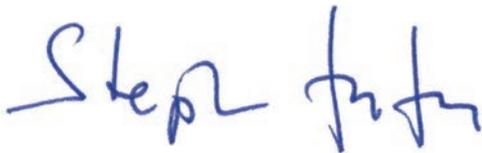
Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW), begrüßt in seinem pointierten Gastbeitrag die Einführung eines ganzheitlichen Inklusionsbegriffs und fordert gleichzeitig eine «Neuformulierung der Erasmus-Zuschüsse in ein einfacheres System mit einer universellen Basis von 850 Euro/Monat».

Inklusion prägt ebenfalls die Mehrzahl der weiteren Beiträge dieses *DAADeuroletters*. Wir beleuchten die verschiedenen Aspekte dieses Themas anhand der großen Möglichkeiten, die die EU bereitstellt. Beiträge zu 3 Erasmus+ Leitaktionen widmen sich aus unterschiedlichen Perspektiven dem Thema der Inklusion. Wir stellen Ihnen in diesem Kontext die Optionen der Sonderförderung und des Social Top-ups im Rahmen von Mobilitäten ebenso vor wie die Möglichkeit zu vorbereitenden Reisen für Studierende mit schweren Behinderungen sowie die gutachterliche Sicht darauf. Eine weitere Facette sind Betätigungsfelder für Inklusion im Kontext von Kooperationsprojekten. Im Gespräch erläutert Andreas Thimmel seine Sicht auf soziale Inklusion von der Jugendarbeit an und am Beispiel des Projekts «INsPIrE» zeigen wir, wie soziale Inklusion auch Milieus urbaner Jugend erreicht.

Zudem stellen wir Ihnen im Rahmen der Serie «Fokus» – begleitend zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft – die 4 deutschen Nationalen Agenturen des Erasmus+ Programms vor und berichten über den «Eberbach-Appell», den europäische Hochschulverantwortliche verabschiedet haben. Zum Schluss des Hefts blicken wir noch auf die Coronapandemie und ihre Auswirkungen: In kurzen persönlichen Statements berichten Austauschstudierende und Mitarbeitende von International Offices, wie das Virus ihre Studien- und Arbeitssituation beeinflusst hat.

Nun aber wünsche ich Ihnen zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen eine spannende Lektüre.
Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund!

Ihr



Dr. Stephan Geifes

Direktor der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD

top

7 Inklusion im Hochschulbereich

Zum Status quo und zu den Perspektiven einer vielschichtigen Herausforderung

Erasmus in Deutschland versteht Inklusion bisher im Hochschulbereich zuerst als Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie auslandsmobilen Eltern. In der neuen Programmgeneration soll der Begriff wesentlich weiter gefasst werden und Inklusion selbst eine der 3 thematischen Säulen sein. Markus Symmank geht deshalb der Frage nach, wie es um Inklusion speziell im Hochschulbereich bestellt ist und welche Herausforderungen es zu bewältigen gibt, zukünftig einen breiteren Inklusionsbegriff im Sinne von breiterer sozialer Teilhabe zu leben.

13 Chancengleichheit und Inklusion in Erasmus+

Es ist ein erklärtes Ziel der laufenden Programmgeneration von Erasmus+, in allen Bildungsbereichen Chancengleichheit und Inklusion zu fördern. Zu diesem Zweck soll Teilnehmenden «aus benachteiligten Verhältnissen der Zugang zu bestehenden Angeboten erleichtert» werden.

13 Menschen mit Behinderung. Eine terminologische Klarstellung

Die Begriffe zur Bezeichnung von Menschen mit Behinderung(en), genauso wie der gesellschaftliche Umgang mit ihnen, unterliegen einem historischen Wandel. Im heutigen Sprachgebrauch üblich ist die Bezeichnung «Menschen mit Behinderung».

14 Europäische Anstrengungen für mehr Inklusion in internationalen Hochschulaktivitäten

Inklusion ist ein zentraler Baustein der zukünftigen europäischen Hochschulpolitik. Vor diesem Hintergrund richtete der DAAD Anfang 2019 in Brüssel gemeinsam mit europäischen Partnern eine Veranstaltung aus, um die neue horizontale Priorität näher zu betrachten.

16 Stimmen zur Inklusion

18 der gastkommentar

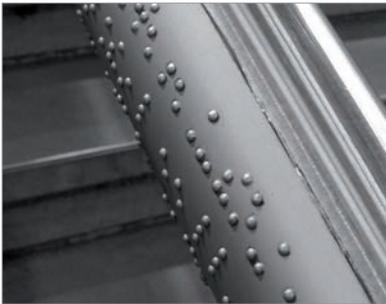
«Wer soziale Inklusion will, muss gegen soziale Schief lagen angehen»

Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde, plädiert für die Umsetzung eines ganzheitlichen Inklusionsbegriffs, wodurch die soziale Inklusion, verstanden als Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft im Sinne echter Chancengleichheit, endlich ein stärkeres Gewicht erhalten würde.



wirkung

- 23 Sonderförderung und Social Top-up Über Möglichkeiten im Rahmen der Mobilität mit Programmländern (KA103) und Partnerländern (KA107)** Geförderte mit einem GdB ab 30 sowie Eltern mit Kind(ern) können ein Social Top-up aus Erasmus+ Projektmitteln des Projektträgers erhalten.
- 26 Ein wichtiger Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe Vorbereitende Reisen für Studierende mit schweren Behinderungen**



Erasmus+ möchte möglichst vielen Studierenden einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. So können Studierende mit Behinderung (ab einem GdB von 50) seit 2019 bei bereits vereinbarten Mobilitäten zum Studium oder Praktikum Zuschüsse für vorbereitende Reisen beantragen.

- 28 Die gutachterliche Sicht auf Inklusion am Beispiel der Mobilität mit Partnerländern** Unter Erasmus+ ist es wichtig, den Zugang zu Mobilitäten von Studierenden und Hochschulpersonal mit Behinderung zielgerichtet zu fördern. Gutachter bewerten entsprechende Maßnahmen und lassen sie in die Gesamtbewertung einfließen.

- 30 Spannende Betätigungsfelder für Inklusion: Kooperationsprojekte in Erasmus**

In der Entwicklung der aktuellen Programmgeneration von Erasmus+ spiegeln sich die politischen und gesellschaftlichen Änderungen der letzten 7 Jahre. Dabei rückten seit 2015/2016 Themen wie «Chancengleichheit und Inklusion», «soziale Teilhabe», «bürgerschaftliches Engagement» und «europäische Werte» in den Blickpunkt.

- 36 Andreas Thimmel: «Nicht nur ein Beitrag zur deutschen Wettbewerbsfähigkeit» Ein Gespräch über soziale Inklusion von der Jugendarbeit an**

Der gemeinsame Weg der European Youth Work soll nach Thimmels Meinung stärker in den Fokus deutscher Diskussionen über dieses Thema rücken und die praktische Umsetzung gleichzeitig intensiviert werden.

- 39 Partizipativer Journalismus als Politikunterstützung? Das Projekt «INSPiRE» als Beispiel der Förderlinie «Projekte Sozialer Inklusion»**



Das Ziel des Projekts bestand darin, Ansätze eines partizipativen Journalismus zu entwickeln und dabei Milieus urbaner Jugend zu erreichen.

erfahrung

- 44 Fokus Deutschland** Wir stellen Ihnen die 4 deutschen Nationalen Erasmus+ Agenturen, ihre Arbeit sowie ausgewählte Zahlen zur Anerkennung von Auslandsstudienleistungen vor.

forum

- 50 Werte sind Basis allen Handels in deutschen Hochschulen**

Der Eberbach-Appell – gerade in Krisenzeiten ist die Verteidigung gemeinsamer Werte und die Zusammenarbeit mit Partnerländern wichtig.



- 54 Covid-19 und seine Folgen** Vielfältige Stimmen aus den Hochschulen

- 56 Der mobile Begleiter für einen Auslandsaufenthalt Die entdeckter-App der Universität Leipzig** Die mobile App, die Studierende in jeder Mobilitätsphase unterstützen soll, wird zum Wintersemester 2020/2021 eingeführt.

- 57 NA intern** Das gegenseitige Sichkennen ist in einer Zusammenarbeit ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Deswegen stellen sich Ihnen in dieser Rubrik in jeder Ausgabe des DAADeuroletters einige unserer Kolleginnen und Kollegen vor.

58 impressum

top

Teilhabe: Eine Betrachtung von Sachständen, Aktivitäten und nicht zuletzt der Menschen, die im Mittelpunkt stehen



Als familiengerechte Hochschule unterstützt die Universität Vechta beim Studieren mit Kind

Foto: © Universität Vechta

Inklusion im Hochschulbereich

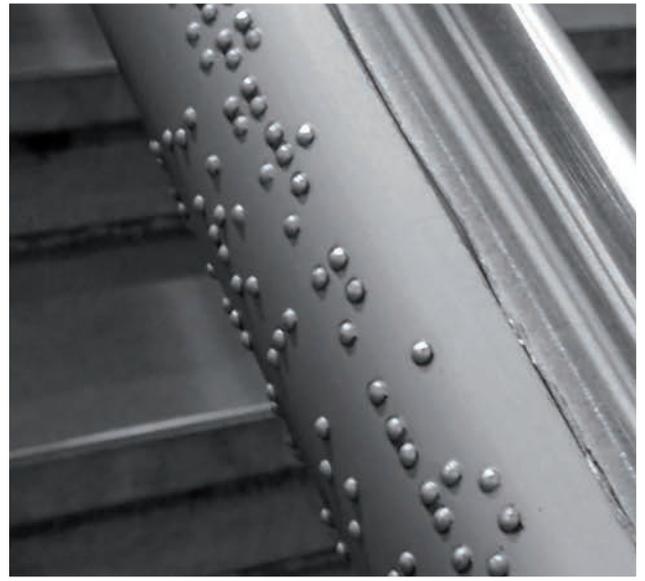
Zum Status quo und zu den Perspektiven einer vielschichtigen Herausforderung

TEXT: MARKUS SYMMANK

Erasmus in Deutschland versteht Inklusion bisher im Hochschulbereich zuerst als Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie auslandsmobilen Studierenden mit Kind(ern). In der neuen Programmgeneration soll der Begriff wesentlich weiter gefasst werden und Inklusion selbst – neben Nachhaltigkeit und Digitalisierung – eine der 3 thematischen Säulen sein. Das ist Grund genug, um der Frage nachzugehen, welche Herausforderungen es zu bewältigen gibt, damit in Zukunft noch mehr Menschen – im Kontext sozialer Inklusion – am Bildungsprogramm teilhaben und Europa positiv erleben können.

Ein kurzer historischer Rückblick

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD eröffnete bereits 1999 mit der europaweit ersten Unterstützung von Menschen mit Behinderung im Erasmus+ Programm eine allgemeine Förderpraxis. Gleichzeitig damit begann die NA DAAD, sich in Veranstaltungen und mittels Publikationen gezielt um diese Gruppe zu bemühen. Ergebnis all dieser Bestrebungen sind zahlreiche einschlägige, im Rahmen von Partnerschaften (Leitaktionen 2) und der Politikunterstützung (Leitaktion 3) geförderte Projekte; ein Blick in die europäische Ergebnisdatenbank (<http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects/>) beweist dies eindrucksvoll.



Ein Handlauf mit Brailleschrift am Hamburger Hauptbahnhof
Foto: KMJ, CC BY-SA 3.0, de.wikipedia.org

2007 wurde das allein auf Menschen mit Behinderung ausgerichtete Verständnis von Inklusion durch die Förderung von Studierenden mit Kind beziehungsweise Kindern um einen wichtigen Aspekt sozialer Teilhabe erweitert. Diese Maßnahme kann als erster Schritt in Richtung des *inclusive turn* gesehen werden, der sich in der laufenden Programmgeneration feststellen lässt und ab 2021 noch konsequenter umgesetzt werden soll. Erklärtes Ziel ist es, alle sozialen Hürden abzubauen, die eine Teilhabe einschränken oder behindern.

Diese Bewegung – weg vom bisherigen Verständnis mit klaren Zielgruppen hin zu einem erweiterten Inklusionsbegriff – wird weitreichende Folgen für Erasmus+ und die Arbeit der Nationalen Agenturen haben, nicht zuletzt der der NA DAAD. Wenn der Programmwurf in dieser Hinsicht beschlossen wird, sind die teilnehmenden Länder verpflichtet, sowohl national als auch mit den Mitteln von Erasmus für eine Verbreiterung der Basis zu sorgen.¹ Dabei geht es zuerst um die Lage der Studierenden. →

¹ Bei der Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten dieser Aufgabe könnte ein Blick auf Institutionen und Organisationen außerhalb des Hochschulbereichs hilfreich sein. Zu denken ist beispielsweise an die Aktivitäten von Aktion Mensch (von der Gründung 1964 bis 2000: Aktion Sorgenkind). An deren Förderprojekten lässt sich verfolgen, wie eine Bewegung von integrativ zu inklusiv etwa in der Arbeitswelt gelingen kann: Es geht nicht mehr um eine Integration in die Arbeit für eine Gruppe von Menschen mit Behinderung, sondern um deren Mitarbeit in regulären Organisationen und Unternehmen.

Die NA DAAD engagiert sich seit 1999 für Inklusion

durch Förderung

- seit 1999: Sonderförderung «special needs» (Sonderförderung für Menschen mit Behinderung)
- seit 2007: Social Top für Erasmus-Studierende mit Kind
- seit 2019: vorbereitende Reisen von Studierendenmobilitäten zum Studium & zum Praktikum in Programmländern von schwerbehinderten Studierenden (ab einem Grad der Behinderung von 50) in das Zielland der Erasmus+ Mobilität können bezuschusst werden

durch Veranstaltungen (Auswahl)

- Fachtagung «ERASMUS-Auslandsaufenthalt mit Behinderung», Bonn, 03.05.2011
- ERASMUS-Regionalkonferenz «Studentische Auslandsmobilität und soziale Inklusion», Essen, 25.10.2012
- ERASMUS-Fachtagung «Inklusion in der Auslandsmobilität», Regensburg, 16.09.2013

mit Publikationen

- Webseite zu Förderung und mit Beispielen guter Praxis auf www.eu.daad.de/engagiert
- Postkartenaktion 2017 (<https://t1p.de/bolnq>)
- Publikation «Generation Erasmus auf dem Weg nach Europa. Sonderförderung für deutsche Studierende im ERASMUS-Programm» (2007)

in Arbeitsgruppen

- bis 2017 Mitgliedschaft in der Working Group Inclusion (in Higher Education) der Europäischen Kommission (2018 aufgegangen in WG KA1 Making Erasmus a Reality for All). Dort Mitwirkung und finale Bearbeitung der Handreichung «Recommendations on the inclusion of higher education students and staff with physical, mental or health-related conditions in the Erasmus+ programme for Higher Education Institutions» (Berlin 2016)
- seit 2018 Mitgliedschaft in der Horizontal Working Group on Inclusion der Europäischen Kommission. Dort Mitwirkung am Entwurf einer übergreifenden Strategie («Draft Future Erasmus and European Solidarity Corps inclusion and diversity strategy»)

Erasmus für alle?

Der heutige Name der Programmgeneration (Erasmus+) ist das Ergebnis eines politischen Kompromisses. Ursprünglich sollte das Programm für die Laufzeit 2014–2020 «Erasmus für alle» heißen und damit den inklusiven Anspruch des europäischen Bildungsprogramms deutlich machen. So erlegt der einschlägige EU-Rechtstext im Kapitel VII «Zugang zum Programm» der Kommission und den Mitgliedstaaten die Pflicht auf, «dass besondere Vorkehrungen zur Förderung der sozialen Eingliederung und der Teilnahme von Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder geringeren Chancen getroffen werden» müssen.² In der verbindlichen englischen Fassung³ lautet die Passage noch prägnanter: «promote social inclusion and the participation of people with special needs or with fewer opportunities.»

Es wird deutlich, dass das Bemühen um soziale Teilhabe im europäischen Austausch in einem Kontinuum steht. Kein neues Paradigma, sondern eine strukturelle Verankerung soll der Pflicht zu Wirkung verhelfen: «(1) In a context of rapid and profound changes induced by technological revolution and globalisation, investing in learning mobility, cooperation and innovative policy development in the fields of education, training, youth and sport is key to building inclusive, cohesive and resilient societies and sustaining the competitiveness of the Union, while contributing to strengthening European identity and to a more democratic Union.» Inklusiv werden die europäischen Gesellschaften durch das neue Programm: «The Communication stresses the need to step up mobility and exchanges, including through a substantially strengthened, inclusive and extended programme.»

² VERORDNUNG (EU) Nr. 1288/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES, Kapitel VII, Artikel 23, 11. Dezember 2013, online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32013R1288> [26.05.2020].

³ Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2018%3A367%3AFIN> [26.05.2020].

Zusammenhang von Auslandsmobilität und Mobilitätsneigung

Befragungen im Rahmen von Erasmus, also Berichte von Teilnehmenden und die vom Deutschen Studentenwerk (DSW) beauftragten Sozialerhebungen über die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden verweisen auf eine Reihe von Gründen, die Studentinnen und Studenten von einer Auslandsmobilität abhalten. In der letzten vorliegenden Sozialerhebung, in der diese Frage in einem eigenen Abschnitt beleuchtet wird,⁴ sind es unter anderem die angenommene finanzielle Mehrbelastung, der Wegfall von Verdienstmöglichkeiten, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche und Befürchtungen über eine dauerhafte Distanzierung vom sozialen Umfeld, die als hemmende Faktoren identifiziert werden.

Wichtig gerade zum Verständnis der finanziellen Lage ist ein Blick auf die «Erwerbstätigenquote während der Vorlesungszeit», die seit 1991 eine deutlich steigende Tendenz zeigt. 2016 – zum Erhebungszeitpunkt der letzten Sozialerhebung – lag der Anteil der Studierenden in Fachhochschulen bei 65 Prozent, in Universitäten bei 69 Prozent. Das heißt, zwei Drittel der Studierenden sind auf Jobs angewiesen, die sie im Falle eines Auslandsaufenthalts – zumindest vorübergehend – aufgeben müssten. Und mit dieser Notwendigkeit, während des Studiums dazu zu verdienen, verbinden sich Vorbehalte gegenüber einem Auslandsaufenthalt: Unter den Studierenden, die «keinen studienbezogenen Auslandsaufenthalt planen», erwarten zwei Drittel aller Befragten (24 Prozent «stark» und 44 Prozent «sehr stark») finanzielle Mehrbelastungen.

Notwendige Veränderungen

Betrachtet man diese Hemmnisse für eine Auslandsmobilität von Studierenden, müsste in Deutschland eine Minderung oder gar Beseitigung sozialer Mobilitätshürden auf mehreren Ebenen ansetzen: Zuerst müsste eine im Ausland ausreichende Finanzierung geschaffen werden, wobei «ausreichend» in diesem Zusammenhang die Mitnahme des deutschen Einkommens ins Ausland bedeutet. Dazu zählen Leistungen wie BAföG, eine Fortzahlung durch die Eltern und eben auch die Möglichkeit, das insbesondere für deutsche Studierende so wichtige Einkommen aus Nebenjobs geltend zu machen, zumindest für den Zeitraum der Auslandsmobilität.

Eine ähnlich große Herausforderung ist die Versorgung mit Wohnraum: Das Erasmus-System arbeitet mit Optionen, indem Hochschulen mit ihren Partnern Austauschplätze vereinbaren, um ein breites Angebot für ihre Studierenden aufzubauen. Nicht alle Austauschplätze werden besetzt. Bemüht man sich nun, Wohnraum in Kooperation mit Partnerhochschulen aufzusetzen und bleiben Plätze unbesetzt, hält man zugunsten ausländischer Studierender Kapazitäten offen, die national dringend gebraucht werden. Reduziert man die Optionsaustauschplätze, reduziert man wiederum das akademische und regionale Angebot für interessierte Studierende. Derzeit balanciert man zwischen Erfahrungswerten für freigehaltene Wohnheimplätze und dem Engagement und der Flexibilität von Studierenden. Dies fordert persönliche Toleranz und Kompromissbereitschaft. ➔

⁴ Siehe Elke Middendorff et al., Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2017, S. 19–23, online verfügbar unter http://www.sozialerhebung.de/download/21/Soz21_hauptbericht.pdf [05.05.2020].

Erasmus

Das Erasmus-Programm versteht sich als Netzwerk und Unterstützungssystem. Es erreicht eine vergleichsweise große Beteiligung mit doch begrenzten Mitteln. Um Gleichbehandlung für alle Programmteilnehmenden herzustellen, gelten die Teilnahme- und Förderregeln unterschiedslos für alle beteiligten Länder: Jener Mehrbedarf, der ein im Inland bestehendes Einkommen aufstockt, soll finanziell ausgeglichen werden.

Der Lebensstandard und die sozialen Bedingungen in den Ländern sind jedoch unterschiedlich. In den Ländern Südosteuropas kann die monatliche Erasmus-Förderung ein reguläres Arbeitseinkommen übersteigen. Entsprechend angewiesen sind Studierende, die sich im Ausland akademisch qualifizieren möchten, auf relevante Größenordnungen. Angesichts der so beschaffenen finanziellen Leistungsfähigkeit der Herkunftsländer leuchtet es ein, dass Studierende aus dem Südosten zwar gemessen am Landesstandard des Heimatlandes eine hohe Förderung erhalten, diese in Kombination mit ihrem studentischen Landeseinkommen jedoch nicht für ein Studium in einem Land des Nordens reicht. Somit werden jene ausgeschlossen, deren Familien keinen erheblichen Beitrag zur Aufstockung der Grundfinanzierung leisten können.

In den skandinavischen Ländern hingegen fällt die Erasmus-Förderung weniger ins Gewicht. Hier gibt nicht das verfügbare Grundeinkommen den Ausschlag. Studierende erhalten eine national festgelegte ausreichende Förderung, in die Erasmus-Anteile variabel einfließen. Die Abhängigkeit von europäischer Förderung wird aufgehoben; im Vordergrund der Erasmus-Förderung stehen das Angebot an Studienplätzen und die Aussicht auf akademische Anerkennung.

Der Europäische Sozialfonds

In manchen Ländern kommt der Europäische Sozialfonds (ESF) ins Spiel, die älteste arbeitsmarktpolitische Maßnahme der heutigen Europäischen Union. Seit 1958 dient der Fonds dazu, die soziale Situation in den beteiligten Ländern strukturell aufzubauen und zu stärken. Nach der Wende profitierten die neuen Bundesländer von ihm, ab 2004 die neuen Mitgliedstaaten der EU in Ost- und Ostmitteleuropa sowie im Mittelmeerraum.

Der ESF ist erwähnenswert, weil etwa Litauen und Polen auch ihre Hochschulsysteme mit seinen Mitteln unterstützen: Litauen, indem es Doktoranden aus dem außereuropäischen Ausland mit Marketing und Stipendien ins Land holt; Polen, weil es die Erasmus-Mobilität sozial unterstützt und das Angebot auf diese Weise für einen breiteren Interessentenkreis zugänglich macht. Gleichzeitig wählt Polen die höchsten möglichen Förderraten für die Studierendenmobilität, um die Unterstützung finanziell relevant zu machen und um sie näher an ein Vollstipendium zu rücken.

Die Sorge, ein soziales Umfeld zu verlassen und aus Netzwerken herauszufallen, ist auch und trotz sozialer Medien nicht ganz von der Hand zu weisen. In einem halben oder ganzen Jahr im Ausland können Studierende enorme Entwicklungen durchlaufen, die sie nach der Rückkehr von ihrem Umfeld entfremden. Hier hilft es, in Vorbereitungsseminaren auf solche Entwicklungen einzustimmen und nach der Rückkehr Einordnungshilfen zu geben, die über das Akademische hinausgehen. Besser wäre es, auf komplexe soziale Veränderungen mit individueller Begleitung eingehen zu können, was jedoch wiederum entsprechende personelle Ressourcen in den entsendenden Hochschulen voraussetzt. Für das Erasmus-Programm ergeben sich aus solchen Überlegungen enorme finanzielle Ansprüche.

Was ist zu tun?

Eine Verbesserung der sozialen Teilhabe hängt an diversen Faktoren. Immer spielen verbesserte Ressourcen eine Rolle, sodass der Erfolg ein Stück weit mit der Ausstattung des Programms verknüpft ist. Stehen sie für Individuen zur Verfügung, werden Förderraten erhöht. Stehen sie für Hochschulen und Mobilitätskonsortien zur Verfügung, sind Betreuungsmittel disponibel. Wer aber sind die Individuen, für die die Finanzierung und Betreuung Erfolgsfaktoren darstellen? Wie lassen sich – im Jargon des Erasmus-Programms – weniger repräsentierte Gruppen beschreiben?

An dieser Stelle muss ein Spagat organisiert werden zwischen Mainstreaming und Einzelentscheidung. Die Vorzeichen des neuen Erasmus-Programms lauten auf Vereinfachung durch Digitalisierung und Regelabbau oder die Einführung von Pauschalen. Je einfacher, desto allgemeiner die Vorgaben und Prüfregeln für die Verwendung öffentlicher Fördermittel. Je individueller (und damit höher) die Förderung, desto stärker muss eine Entscheidung formal abgesichert sein. Ist sie es nicht, wird die – notwendige – Besserstellung einiger Programmteilnehmer anfechtbar.

Hier gilt es, gemeinsam mit den Hochschulen eine Merkmalsmenge zur Bestimmung von weniger repräsentierten Zielgruppen zu entwickeln, die eine Entscheidung möglich und vergleichbar macht. Während die Zuordnung von sozialen Kriterien im Vereinigten Königreich positiv gesehen und im Interesse verringerter Studiengebühren vom System verlangt wird, tun wir uns in Deutschland mit einer externen Zuschreibung von Eigenschaften historisch schwer. Es kommt darauf an, eine handhabbare Mischung aus Selbsterklärung und Nachweisführung zu entwickeln.

Hilfreich ist der gute Vorbereitungsstand vieler Hochschulen in Deutschland. Nach dem Audit Internationalisierung der Hochschulrektorenkonferenz und dem genauen Blick auf Ziele und Zielgruppen haben viele auch das Diversity-Audit des Stifterverbandes durchlaufen. Auf Leitungsebene sind Themen wie Diversity und Internationalisierung längst angekommen. Vorbildlich, wenn auch noch rar, sind eigenständige Einrichtungen wie das DoBuS (Bereich Behinderung und Studium am Zentrum für Hochschulbildung) an der TU Dortmund. ➔



Die Hochschule Hildesheim-Göttingen-Holzminde hat bereits 17 genderneutrale Toiletten an ihren Standorten eingerichtet

Die Rolle der NA

Zielführend wird es sein, die Frage einer inklusiven Internationalisierung in ähnlicher Weise mit hochschulinternen oder -halbinternen Stellen zu erörtern. Dazu zählen unter anderem Behindertenbeauftragte, Sozialberatungsstellen, das Studentenwerk und Interessengruppen. Diesen Dialog in Hochschulen, in Bundesländern und in den Regionen wird die NA DAAD systematisch unterstützen.

Auf nationaler Ebene – mit dem Erasmus+ Programm-ausschuss und den dort repräsentierten Stakeholdern – wird die Nationale Agentur für den Bereich der tertiären Bildung eine Inklusionsstrategie erarbeiten, die einer Forderung der Europäischen Kommission entspricht und die von ihr entwickelte Rahmenstrategie für Deutschland passend übersetzt.

Paradoxerweise macht Corona auch hier alles neu, wenn es Wesentliches an die Oberfläche bringt: die soziale Frage als widerspenstiges Element einer auf effiziente Abläufe und Geschwindigkeit getrimmten Umgebung. Die Abhängigkeit erheblicher Anteile der Studierendenschaft von Nebenjobs wird schmerzhaft deutlich.

Abschließende Bemerkung

Es wird sich weisen, ob die 3 thematischen Säulen des neuen Erasmus+ Programms – Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Inklusion – sich ergänzen oder einen Wettbewerb um die Ressource Aufmerksamkeit anstoßen, sich der Austausch durch Anpassung oder Wandel fortsetzt. Die Gelegenheit ist auf jeden Fall günstig, die disruptiven Ereignisse der letzten Monate für eine erneuerte Hinwendung zum Einzelnen zu nutzen und gemeinsam immer mehr nach Europa mitzunehmen. ■

[Markus Symmank](#)

Experte für Soziale Teilhabe

> symmank@daad.de

Chancengleichheit und Inklusion in Erasmus+

TEXT: MARCUS KLEIN

Es ist ein erklärtes Ziel der laufenden Programmgeneration von Erasmus+, in allen Bildungsbereichen Chancengleichheit und Inklusion zu fördern. Zu diesem Zweck soll, wie im Programmleitfaden ausgeführt wird, Teilnehmenden «aus benachteiligten Verhältnissen der Zugang zu bestehenden Angeboten erleichtert» werden.

«Benachteiligte Verhältnisse» beziehungsweise «Benachteiligungen» sind dabei weit gefasste Begriffe. Insgesamt 7 sehr vielfältige Gründe, die «der Beteiligung an länderübergreifenden Projekten entgegenstehen oder die Möglichkeiten einer Beteiligung zumindest beschränken», finden sich im Programmleitfaden: Beeinträchtigungen (d.h. Teilnehmende mit besonderen Bedürfnissen), Bildungsprobleme, wirtschaftliche Hindernisse, kulturelle Unterschiede, Gesundheitsprobleme, soziale Hindernisse sowie geografische Hindernisse.

Wie bereits in einem Vorgängerprogramm legt die Europäische Kommission in diesem Zusammenhang besonderes Augenmerk auf den Bereich «Jugend» mit seinen Angeboten zum nicht formalen und informellen Lernen für Jugendliche. So wurde allein für Jugend «eine Strategie zur Integration und Vielfalt als gemeinsamer Rahmen konzipiert, um die Teilnahme und die Integration von jungen Menschen mit geringeren Chancen an Erasmus+ zu unterstützen.» Als eine Möglichkeit, um dieses Ziel zu erreichen, wird im Programmleitfaden explizit die Förderlinie «Strategische Partnerschaften» genannt.¹

Menschen mit Behinderung. Eine terminologische Klarstellung

TEXT: MARCUS KLEIN

Die Begriffe zur Bezeichnung von Menschen mit Behinderung(en), genauso wie der gesellschaftliche Umgang mit ihnen, unterliegen einem historischen Wandel. Im heutigen Sprachgebrauch üblich ist die Bezeichnung «Menschen mit Behinderung». Im Gegensatz zum früher beispielsweise verwendeten Begriff «Behinderte» beziehungsweise «Behinderter» wird damit der Mensch in den Mittelpunkt gerückt und es wird deutlich, dass eine wie auch immer geartete Form der Behinderung weder eine persönliche Eigenschaft darstellt noch die Person insgesamt bestimmt.²

Laut Paragraf 2, Absatz 1 des deutschen Sozialgesetzbuchs neun (SGB IX, zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 10.12.2019 I 2135) sind «Menschen mit Behinderungen» Personen, «die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können.» Als entscheidend für die Feststellung einer Beeinträchtigung in diesem Sinne ist die Abweichung von dem für das Lebensalter als typisch angesehenen Körper- und Gesundheitsstand.

Eine sehr ähnliche, nicht aber identische Definition findet sich im «Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen» (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK), die von der Generalversammlung im Dezember 2006 angenommen wurde und im März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Gemäß Artikel 1 der UN-BRK zählen «[z]u den Menschen mit Behinderungen [...] Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.»

Bedeutsam ist die UN-BRK unter anderem deshalb, da durch sie das in den Sozialwissenschaften bereits lange bestehende Konzept der Inklusion als Begriff «im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland angekommen» ist, wie Professor Dr. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, festgestellt hat.³ Dabei repräsentiert «Inklusion», so Rudolf, «ein Leitbild gesellschaftlichen Zusammenseins: eine Gesellschaft, in der jeder Mensch dazugehört.» Die Aufgabe des Staats ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. ■

1 Quellen: Europäische Kommission, Erasmus+ Programmleitfaden, Version 2 (2020): 26/02/2020, S. 10 u. 313, online verfügbar unter https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/erasmus-programme-guide-2020_de [02.06.2020]; Europäische Kommission, Erasmus+ Strategie zu Inklusion und Diversität – im Jugendbereich. Deutsche Sprachfassung herausgegeben von JUGEND für Europa – Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION in Deutschland, April 2015, S. 3 u. 23, online verfügbar unter https://www.jugendfuereuropa.de/downloads/download-file/3719/5b7a79e063c84da5126f498c89eb24d1/Incl_Div_Strat_DE.pdf [02.06.2020].

2 Siehe Birgit Behrisch, Anerkennung von Menschen mit Behinderung als Thema von Diversity, in: Handbuch Diversity Kompetenz: Gegenstandsbereiche, herausgegeben von Petia Genkova und Tobias Ringeisen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2016, S. 3.

3 Rudolf, Teilhabe als Menschenrecht – eine grundlegende Betrachtung, in: Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation, herausgegeben von Elke Diehl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017, S. 36.

Europäische Anstrengungen für mehr Inklusion in internationalen Hochschulaktivitäten

TEXT: ANNA-LENA SENDER

Inklusion ist ein zentraler Baustein der zukünftigen europäischen Hochschulpolitik. So sollen auch mit Programmen wie Erasmus+ verstärkt Personen erreicht werden, die bisher aufgrund individueller oder struktureller Hindernisse nicht von einer Förderung profitieren konnten. Vor diesem Hintergrund richtete der DAAD Anfang 2019 in Brüssel gemeinsam mit dem europäischen Dachverband ACA (Academic Cooperation Association) sowie der norwegischen Partnerorganisation Diku und der Flanders Knowledge Area eine Veranstaltung aus, um die neue horizontale Priorität näher zu betrachten, zu diskutieren und anhand von praktischen Programmbeispielen weitere Anregungen zu geben.

Aus der Veranstaltung sowie durch einen weitreichenden Konsultationsprozess ist ein **Reflexionspapier*** hervorgegangen, das nicht nur den **wachsenden Bedarf für mehr Inklusion**, sondern auch für ein breiteres Inklusionsverständnis adressiert – in der Internationalisierung der Hochschulbildung im Allgemeinen und im Rahmen der neuen Programmgeneration Erasmus+ (2021–2027) im Speziellen. Dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass **insbesondere im Bereich der Studierendenmobili-**

tät ein größerer Kreis von unterrepräsentierten und zuvor separat angesprochenen Gruppen durch die Öffnung des Inklusionsbegriffs gemeinsam anvisiert werden sollte. Dazu zählen unter anderem Erstakademikerinnen und Erstakademiker, Studierende mit einem weniger privilegierten sozioökonomischen Hintergrund, familiären Verpflichtungen, körperlichen oder geistigen Einschränkungen, Minderheiten-, Migrations- oder Fluchthintergrund, arbeitende Studierende sowie erwachsene Lernende.



Vanessa Debiais-Sainton, Referatsleiterin für Hochschulbildung in der EU-Kommission, spricht auf der DAAD/ACA-Veranstaltung darüber, wie Erasmus+ zukünftig mehr Personen erreichen und die Inklusion fördern kann

© DAAD/Iris Haidau



Ágnes Sarolta Fazekas von der Eötvös Loránd Universität (Budapest) und Vorsitzende der EAIE-Expertengruppe für Zugang und Diversität weist darauf hin, dass die Idee der Inklusion auf nationaler und EU-Ebene stark an Bedeutung gewonnen hat, jedoch noch konkreter als Politikziel formuliert und weiter operationalisiert werden muss

© DAAD/Iris Haidau

* Online zugänglich unter: <https://www.daad-brussels.eu/de/2019/05/02/reflektionspapier-zu-inklusion-von-aca/> [08.06.2020].

Die Projektarbeit des Erasmus Student Network (ESN)

Obwohl gerade Studierende aus sozial schwachen Verhältnissen und aus unterrepräsentierten Gruppen aus einer Auslandserfahrung erwiesenermaßen viel Nutzen ziehen können für ihr Studium und ihre Karriere, sind sie in Mobilitätsprogrammen gemessen an ihrer Größe nur schwach vertreten. Ein wesentlicher Grund dafür ist die nur unzureichende finanzielle Unterstützung. In einer vom Erasmus Student Network (ESN) 2019 durchgeführten Umfrage gaben zum Beispiel 70 Prozent der Befragten an, dass das Erasmus-Stipendium nur die Hälfte oder weniger ihrer Gesamtausgaben decke.

ESN möchte diese Situation durch konkrete Projektarbeit verbessern und Erasmus+ integrativer gestalten. Deshalb arbeitet das Netzwerk derzeit gemeinsam mit 9 anderen Partnern am Projekt «Social Inclusion and Engagement in Mobility» (SIEM). Dessen Ziel ist es, die Interaktion zwischen internationalen Studierenden und benachteiligten lokalen Gemeinschaften zur Förderung der Integration und des interkulturellen Austauschs zu stärken. Ein Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln ist wichtig, damit sich der*die Einzelne in eine größere europäische Gemeinschaft eingebunden fühlt.

Klare und prägnante Informationen sind erforderlich, um die Teilnahme von Studierenden aus benachteiligten Verhältnissen und von Studierenden mit Behinderung zu verbessern. Aus diesem Grund entwickelt ESN momentan gemeinsam mit dem flämischen Ministerium für allgemeine und berufliche Bildung sowie dem Unterstützungszentrum für integrative Hochschulbildung (SIHO) das Portal inclusivemobility.eu. Dort sollen zur Unterstützung von Universitäten, Agenturen und Behörden Informationen über nationale Maßnahmen, Strategien und Unterstützungsangebote zur Integration in die Mobilität in ganz Europa gebündelt werden.

Wim Gabriels und Jeannine Burkhard

Das Reflexionspapier empfiehlt, eine ganzheitliche **Mehrebenenstrategie** (europäisch, national, institutionell) zu entwickeln, die unterrepräsentierte Gruppen aktiv in die **Gestaltung zukünftiger politischer Maßnahmen** einbezieht und die folgenden Aspekte berücksichtigt:

- bestmögliche Vermeidung der Stigmatisierung einzelner Gruppen
- Anpassung der finanziellen Mittel an die Bedürfnisse der Zielgruppen
- maßgeschneiderte Beratung und stärkere Supportleistungen
- Verknüpfung der Internationalisierung im Ausland und vor Ort durch multiple, flexible und komplementäre Formate

Schließlich bietet das Papier einen detaillierten Einblick in **verschiedene Fallbeispiele** aus Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Island, Norwegen, Polen und Schweden, von denen sich weitere Inklusionsanstrengungen inspirieren und weiterentwickeln lassen können.

Resultierend aus dem Reflexionspapier, berät ACA nun ein im Mai 2020 gestartetes europäisches Projekt zu inklusiver Mobilität, aus dem ein **umfassender Policy Report** und eine **Datenbank** zu nationalen Inklusionsmaßnahmen im Europäischen Hochschulraum hervorgehen sollen. Ein weiteres Ziel des **EU-geförderten Projekts** (unter Erasmus+ Leitaktion 3), das vom flämischen Bildungsministerium geleitet und in Zusammenarbeit mit SIHO (Support Centre for Inclusive Higher Education in Flandern), dem österreichischen Bildungsministerium sowie dem Erasmus Student Network durchgeführt wird, ist die Erstellung von **Kommunikationsmaterialien** zur Bewerbung der Auslandsmobilität bei bislang unterrepräsentierten Studierendengruppen sowie von **Schulungsunterlagen** für Hochschulpersonal und Behörden, jeweils in mehreren europäischen Sprachen. ■

Anna-Lena Sender

DAAD-Außenstelle Brüssel

> sender@daad.de

Stimmen zur Inklusion

Christina Bohle ist Erasmus+ Expertin und leitet im International Office der Philipps-Universität Marburg das Referat VI A 2 Europäische Bildungsprogramme:

An der Philipps-Universität Marburg bedeutet Inklusion im Erasmus+ Bereich vorrangig die Mobilität von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, die an unsere Hochschule kommen oder ins Ausland gehen. Dabei muss man ehrlicherweise feststellen, dass es sich um einzelne Fälle handelt. Hier spielen verschiedene Aspekte eine Rolle: Die Chancen sichtbar zu machen und das Interesse der Studierenden zu wecken, ist nur ein erster Schritt. Oft fehlen Informationen zu den Bedingungen an den Gastinstitutionen, die Beratung und die Unterstützung zentral im International Office und im Fachbereich müssen bei der Heimat- und der Gasthochschule früh und sehr umfänglich erfolgen, unter Einbindung unterschiedlicher Stellen – das stellt auch unser Team in Marburg vor Herausforderungen und verlangt großen Einsatz in jedem individuellen Fall.

Trotzdem sind diese etablierten Fördermöglichkeiten unglaublich wichtig und die Entwicklungen im Bereich «Inklusion» positiv zu bewerten. Das schließt die Unterstützung von Studierenden mit Kind beziehungsweise Kindern ein. Die Weiterfassung des Inklusionsbegriffs in der nächsten Programmgeneration von Erasmus+ ist deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Was zurzeit noch fehlt ist Klarheit in Bezug auf die Zielgruppen sowie die umsetzbaren Maßnahmen. Hilfreich könnten die angedachten Kurzzeitmobilitäten, Formen der Blended Mobility oder ebenso unterschiedliche Top-ups sein.

Es kann aber nicht der Weg sein, wie auch immer benachteiligte Studierende auf alternative Mobilitätsformen «abzuschieben». Ziel sollte vielmehr weiterhin sein, ihnen die volle Teilnahme am Programm zu ermöglichen. Wir müssen also weiter daran arbeiten, Informationen, Abläufe und Aufenthalte barrierefreier zu gestalten. Das heißt nicht zuletzt, dass die neue Programmgeneration gerade mit Blick auf die Inklusion nicht gleichzeitig mehr Barrieren für die Teilnehmenden und Institutionen errichten darf. Auch der Mehraufwand an Aufgaben und Kompetenzen muss berücksichtigt werden.

Bianca Köndgen ist Erasmus+ Hochschulkoordinatorin an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Erasmus+ Expertin:

Mit Blick auf die in der neuen Programmgeneration von Erasmus+ angekündigte Erweiterung von Inklusion – über die bisherige Verteilung von Sondermitteln und Unterstützung von behinderten Studierenden und Studierenden mit Kind hinaus – bedarf es aus meiner Sicht einer Reihe von Maßnahmen, damit diese zu begrüßende Entwicklung erfolgreich sein kann. Diese setzen auf verschiedenen Ebenen an und berühren unterschiedliche Aspekte. Unterscheiden möchte ich dabei zwischen strukturell-formalen, planerisch-strategischen und unterstützenden Schritten.

Zuerst einmal – auf strukturell-formaler Ebene – müssen die Auswahlkriterien und Bewertungsvorschläge für die Sonderförderungen definiert und gleichzeitig damit bestimmt werden, welche Nachweise zu erbringen sind. Darauf aufbauend sind – damit wären wir beim strategisch-planerischen Punkt – Kommunikationsstrategien und wohl auch neue Beratungsformen zu entwickeln, um die potenziell zu fördernden Personen gezielt und vor allem ohne «positive» Diskriminierung ansprechen zu können. Dabei wären die Stakeholder an den eigenen Hochschulen (Behindertenbeauftragte, Studierendenvertretung, Diversity Office, Studierendenvereine o.Ä.) auf Grundlage einer klaren Diversitätsstrategie der eigenen Hochschule einzubeziehen und das regionale Umfeld der Hochschule und der Studierendenschaft zu berücksichtigen.

Schließlich müsste es unterstützende nicht monetäre Fördermaßnahmen geben, sowohl in der Planungs- wie in der Durchführungsphase. Auch diesbezüglich braucht es wieder die Kooperation mit hochschuleigenen Einrichtungen. Neben Behindertenbeauftragten und Studierendenvertretung könnten das ebenfalls psychologische Beratungsstellen oder Flüchtlingsprogrammkoordinationsstellen sein und vor allem für Incoming-Mobilitäten auch externe Einrichtungen (z.B. Ausländerbeirat und religiöse oder kulturelle Gemeinschaften). Die Einbeziehung der betreffenden Stellen richtet sich nach der Zielgruppe, die angesprochen und für Erasmus gewonnen werden soll.

Lena Heffner ist Studentin an der Philipps-Universität Marburg. Im Wintersemester 2019/2020 war sie mit Erasmus an der University of Limerick, Irland:

Ich hatte eine sehr inspirierende und spannende Zeit in Irland und ich glaube, dass sich mein «Rollstuhlfahrer-Erasmus» nicht so sehr von «normalem» Erasmus unterschieden hat. Vonseiten meiner Gastuniversität wurde mir extrem viel ermöglicht; für mich hat es sich wirklich angefühlt wie gelebte Inklusion. Allerdings bin ich mir sicher, dass das viel mit dem Land zu tun hat, in das man reist. Ich weiß von anderen Reisen, dass sich die Länder innerhalb Europas sowohl von der Infrastruktur wie von der Mentalität her in Bezug auf Inklusion sehr unterscheiden. Ich hatte mir aber auch genau deshalb Irland für meinen Aufenthalt ausgesucht. Es war mir wichtig, reisen und das Land, die Leute und die Kultur wirklich erleben zu können.

Irland ist ein generell sehr rollstuhlfahrerfreundliches Land mit guter Ausstattung (Aufzüge, Rampen). Wo die Gegebenheiten ungünstig sind (keine Rampen, steile Steigungen) findet sich immer jemand, der bereit ist, zu helfen. Die Iren sind, was solche Sachen angeht, sehr unkompliziert und geradlinig. Da lässt man oft 5 gerade sein, tut, was man selbst für richtig und angemessen hält, anstatt sich starr an Regeln und Gesetze zu halten. Man hat mir jeden Ausflug ermöglicht, an dem ich teilnehmen wollte.

Das International Office und die Mitarbeitenden vor Ort haben sich in ganz besonderer Weise um mich bemüht. So hatte ich immer einen Ansprechpartner, falls Probleme auftreten sollten. Zum Beispiel wurden für mich in einigen Hörsälen extra Tische aufgestellt, damit ich im Rollstuhl nicht auf dem Schoß schreiben musste. Außerdem hatte ich, sozusagen als «Ass im Ärmel», noch das International Office in Marburg; auch hier hatte ich eine wirklich tolle Begleitung bei irgendwelchen Kleinigkeiten.

Das Einzige, was mich regelmäßig herausgefordert hat, war das typisch irische Wetter. Ich habe in den knapp 4 Monaten geschätzt 8 bis 12 Tage erlebt, an denen es keinen Regen gab. Aber das gehört ebenfalls zu diesem Land.

Lokale Gruppe Brüssel ArbeiterKind.de

ArbeiterKind.de ist eine 2008 ins Leben gerufene gemeinnützige Organisation, die Schülerinnen und Schüler aus Familien ohne Hochschulerfahrung zur Aufnahme eines Studiums ermutigen möchte. Die seit 2019 bestehende lokale Gruppe Brüssel hat es sich zum Ziel gesetzt, mehr Menschen aus Familien ohne Hochschulerfahrung zu einem Studium mit Europabezug oder einem Praktikum beziehungsweise einem Berufseinstieg im EU-Umfeld zu ermuntern:

Brüssel bietet als EU-Hauptstadt großartige Möglichkeiten in allen Phasen einer beruflichen oder akademischen Laufbahn. Allerdings ist es frappierend, wie wenig Erstakademiker*innen aus Deutschland im Brüsseler EU-Viertel vertreten sind. Der geringe Anteil ist nicht zuletzt eine Konsequenz aus systemischen Mängeln im deutschen Schul- und Hochschulwesen. Zu häufig hängt der Bildungserfolg vom Abschluss und finanziellen Spielraum der Eltern ab. Dies führt auch dazu, dass Erstakademiker*innen im Erasmus+ Programm deutlich unterrepräsentiert sind.

Wir sehen hierfür vor allem drei Gründe: Erstens ist ein Auslandsaufenthalt für viele Menschen aus nicht akademischen Familien auch mit Erasmus+ Mobilitätszuschuss finanziell kaum zu bewältigen. Zweitens fehlt es häufig an praktischen Informationen über Möglichkeiten und Vorteile eines Auslandsaufenthalts. Drittens unterschätzen gerade Erstakademiker*innen oft ihre fachlichen Fähigkeiten und ihre persönliche Eignung und sehen deshalb in vielen Fällen schon im Vorfeld von einer Bewerbung ab.

Um mehr Erstakademiker*innen für Erasmus+ zu gewinnen, sind daher umfangreichere Finanzierungs- und Beratungsangebote nötig, die speziell auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe zugeschnitten sind. Die digitalen und persönlichen Informationsmöglichkeiten über Erasmus+ müssen entsprechend ausgebaut werden. Zu diesem Zweck sollten Hochschulen, EU-Institutionen und Organisationen wie der DAAD auch verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ArbeiterKind.de zusammenarbeiten, die spezifische Erfahrungen mit dem Erasmus+ Programm zielgruppengerecht weitergeben können.

der gastkommentar

«Wer soziale Inklusion will, muss gegen soziale Schieflagen angehen»

von Achim Meyer auf der Heyde*

Ein Gast ist laut Duden «jemand, der sich in einer anderen als seiner eigenen Umgebung, besonders in einem Personenkreis, zu dem er nicht fest gehört, zu bestimmten Zwecken vorübergehend aufhält». Diese Definition beschreibt sehr treffend unsere Intention, im *DAADeuroletter* durch Gastkommentare Sichtweisen erschließen und Impulse gewinnen zu können, die nicht durch die alltägliche Arbeit mit und für Erasmus+ geprägt sind. Das Auswahlkriterium dafür heißt Relevanz: das vereinte Europa;

der internationale Austausch von Wissen, Konzepten und Visionen; die Herausforderungen, denen Lehrende und Lernende sich werden stellen müssen – dies sind die Themen, zu denen wir Autorinnen und Autoren einladen werden, ihre Gedanken zu formulieren.

In dieser Ausgabe schreibt Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW) und Vizepräsident des European Council for Student Affairs (ECStA).



Foto ©: K. Herschelmann

* Der Artikel gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und stellt folglich keine Meinungsäußerung der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit dar.

Als Verband der 57 Studenten- und Studierendenwerke in Deutschland begrüßen wir die Einführung eines ganzheitlichen Inklusionsbegriffs, wie ihn die EU-Kommission für die kommende Programmgeneration ab dem Jahr 2021 festgeschrieben hat. Damit erhält die soziale Inklusion, verstanden als Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft im Sinne echter Chancengleichheit, endlich ein stärkeres Gewicht.

Schon seit Langem fordert das Deutsche Studentenwerk, dass die soziale Dimension im Europäischen Hochschulraum nicht nur beschworen, sondern als zentrales Element zum Aufbau einer europäischen Wissensgesellschaft aufgefasst und umgesetzt wird. Wir begrüßen nachdrücklich den Vorstoß, Lernende/ Studierende, die mit Benachteiligungen im Bildungssystem konfrontiert werden, den Zugang zu bestehenden Angeboten in den EU-Programmen zu erleichtern.

Die bundesweit 57 Studenten- und Studierendenwerke selbst sind ein wesentlicher und unverzichtbarer Garant der sozialen Dimension des deutschen Hochschulsystems. Sie betreuen mehr als 2,5 Mio. Studierende an mehr als 300 Hochschulen in circa 200 Hochschulstädten und sind verantwortlich für die soziale, gesundheitliche, wirtschaftliche und kulturelle Förderung.

Konkret bieten die Studenten- und Studierendenwerke ein breites Angebot in den Bereichen «Hochschulgastronomie», «bezahlbares Wohnen», «Studienfinanzierung», «Kinderbetreuung», «Beratungs- und Vermittlungsdienste», «Internationales» sowie «Kultur». Diese Angebote richten sich immer an alle Studierende, sie ermöglichen aber oft erst die soziale Inklusion und Teilhabe für besondere Gruppen von Studierenden, etwa von Studierenden mit Kind oder von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Krankheit. Anders gesagt: Die Studenten- und Studierendenwerke sorgen bereits jetzt mit ihren vielfältigen Angeboten für mehr Chancengleichheit im Studium.

Dennoch wissen wir aus unseren Online-Studierendenbefragungen zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Studierenden, dass wir uns mit dem Status quo der Umsetzung von Chancengleichheit und Inklusion an den Hochschulen noch lange nicht zufriedengeben dürfen. Nachfolgende Beispiele verdeutlichen, welche enormen Hindernisse bestehen, die einer chancengleichen Beteiligung an europäischen Programmen – wie dem Erasmus Programm – entgegenstehen oder sie zumindest erschweren. Gerade in Zeiten der Coronapandemie verschärft sich die geschilderte Situation, da sich die finanzielle Lage vieler Studierender weiter verschlechtert.

In unserer 21. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden wird sehr deutlich, dass finanzielle Hindernisse für die Auslandsmobilität deutscher Studierender hoch sind und weiter steigen: Mittlerweile erwarten 70 Prozent der Studierenden eine finanzielle Mehrbelastung (2012: knapp zwei Drittel). Außerdem sind Auslandsaufenthalte offenbar weiterhin nur als «Mischfinanzierung» möglich: 72 Prozent der Studierenden (2012: 73 Prozent) sind auf elterliche Zuschüsse angewiesen. Die Finanzierung über BAföG hat sich nur minimal von 28 auf 30 Prozent verbessert. Positiv ist der Anstieg der EU-Stipendien (von 41 auf 49 Prozent) und der deutschen Stipendien (von 16 auf 18 Prozent).

Das reicht aber offenbar nicht. Viele Studierende sind schon zur Finanzierung ihres Studiums in Deutschland auf Nebenverdienste angewiesen, und ihre Zahl steigt: 68 Prozent aller Studierenden sind nebenbei erwerbstätig. Aus nicht akademischem Elternhaus jobben mit je 69 Prozent überdurchschnittlich viele. Das Erwerbsmotiv «notwendig für den Lebensunterhalt» wird überdurchschnittlich häufig von Studierenden der Herkunftsgruppe «niedrig» angegeben (73 Prozent vs. 43 Prozent Bildungsherkunft «hoch»). Kurz: Die Auslandsmobilität deutscher Studierender ist weiterhin von der Herkunft abhängig. Je höher die Bildungsherkunft, desto größer ist der Anteil derer, die studienbezogen im Ausland waren.

Der Verlust von Einkommensmöglichkeiten im Heimatland schließt eine große Zahl von Studierenden von der Teilnahme an Programmen wie Erasmus aus, da die pauschale finanzielle Unterstützung, die sie erhalten würden, zu gering ist. Im Jahr 2018 betrug der durchschnittliche monatliche Erasmus-Zuschuss gerade einmal 336 Euro, was offensichtlich nicht ausreicht, um die Unterbringungskosten in vielen europäischen Städten zu decken. Bei einer Umfrage unter 24.000 Studierenden gaben dann auch 70 Prozent der Befragten an, dass das Erasmus-Stipendium die Hälfte oder weniger ihrer Gesamtkosten abdecke. Mit einer mutigen Aufstockung könnte man erreichen, dass – im Sinne der sozialen Inklusion – eine größere Anzahl Studierender, insbesondere auch aus sozial benachteiligten Schichten, am Programm teilnehmen könnte.

Die Lage ist eher mau: Wir wissen aus der Sozialerhebung, dass ein Rückgang der Auslandsmobilität zu verzeichnen ist. Zwar sind die Mobilitätsquoten von 1991 (20 Prozent) bis 2000 (32 Prozent) gestiegen, stagnieren aber seitdem. Seither ist die Mobilitätsquote sogar wieder auf nur 28 Prozent gesunken, also auf einen Stand von vor der Bologna-Reform! Bei Männern (im Vergleich zu Frauen), Studierenden mit Migrationshintergrund («Bildungsinländer»), Spätaussiedlern oder Studierenden mit Beeinträchtigungen sieht es sogar noch schlechter aus.

Wenn das Erasmus-Programm ein zentraler Katalysator ist, um europäische Bürgerinnen und Bürger hervorzubringen, die aufgeschlossen, bürgerschaftlich engagiert sind und populistischen Ansinnen kritisch gegenüberstehen, ist es wichtig, dass das nächste Programm eine größere Anzahl von Teilnehmern erreicht und integrativer ist. Finanzielle Hindernisse sind seit 20 Jahren der Grund, weshalb Mobilitätsprogramme nicht genutzt werden. Wer neben dem Studium jobbt, keine finanzkräftigen Eltern hat oder sich nebenher um Familie oder Angehörige kümmern muss, wird die Erasmus-Broschüre spätestens bei der Höhe der Fördersumme aus der Hand legen. Aus diesem Grund ist eine Neuformulierung der Erasmus-Zuschüsse in ein einfacheres System mit einer universellen Basis von 850 Euro/Monat* erforderlich:

- Erasmus ist für viele der Inbegriff der europäischen Erfahrung, aber die Art und Weise der finanziellen Mittelzuweisung ist alles andere als das. Die Zuschussniveaus sind derzeit auf verschiedene Kategorien verteilt, die häufig uneinheitlich zwischen den Ländern angewendet werden. Ein vereinfachtes Zuschussystem würde es ermöglichen, das Programm künftigen Teilnehmenden besser bekannt zu machen und die Transparenz für Studierende mit einem niedrigeren sozioökonomischen Hintergrund zu verbessern.
- Im derzeitigen System wird ein maßgeblicher Teil der Zuschüsse nicht einmal jedes Jahr vergeben. Durch die Festlegung eines Mindestzuschusses mit der Option der Aufstockung bestünde die Möglichkeit, diese verbleibenden Mittel neu zuzuweisen und denjenigen, die sie dringend benötigen, die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

* Die Summe orientiert sich am BAföG-Satz.

Aber das wird noch nicht reichen. Eine Förderung per Gießkanne und nach Pauschalen fördert eben nicht alle gleich, sondern benachteiligt diejenigen, die andere, höhere Bedürfnisse oder geringere finanzielle und soziale Ressourcen haben. Das Erasmus-Programm sollte deshalb ein zweites Finanzierungsinstrument auflegen, mit dem auf spezifische soziale Lagen nach Bedarf eingegangen werden kann. Gerade die Coronapandemie hat gezeigt, dass ohne große Bürokratie schnell und entschlossen denjenigen geholfen werden kann, die es am meisten nötig haben.

Haben wir einen Wunsch frei? Dann möchten wir im kommenden Erasmus-Programm eine zusätzliche Förderlinie sehen, die bei Bedarf und ohne große Formalitäten auf die real existierenden sozialen und finanziellen Schwierigkeiten der Studierenden eingeht, mit denen sie schon in ihrem Studium in Deutschland zu kämpfen haben.

Beim Stabhochsprung unter Gleichen sind alle Stäbe gleich lang. Beim Stabhochsprung unter den Vielfältigen – den Akademikerkindern und Migrantenkindern, Studierenden mit Kind oder ohne akademisch gebildete Eltern, mit Depressionen oder körperlicher Beeinträchtigung, mit oder ohne Nebenjob und mit oder ohne gute Kontakte – müssen auch die Stäbe unterschiedlich lang sein. Wenn sich das Erasmus+ Programm dieser Herausforderung nicht stellt, wird sich an der sozialen Schieflage der Auslandsmobilität auch in den kommenden 10 Jahren nichts ändern. ■



Foto ©: K. Herschelmann

Achim Meyer auf der Heyde gehört dem Vorstand des Paritätischen Gesamtverbands, den Hochschulräten der Bergischen Universität Wuppertal und der Philipps-Universität Marburg, dem Stiftungsrat der Stiftung Berufliche Bildung Hamburg sowie dem Präsidium und dem Hauptausschuss des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge an.

Ab 1980 war er Geschäftsführer beim Ausbildungswerk Kreuzberg, einem Projekt für benachteiligte Jugendliche. Ab 1985 war er Geschäftsführer der BBJ Unternehmensgruppe, einer Beratungsgesellschaft für Jugend-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Ab 1995 war er als Senatsdirektor in der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg tätig. Seit 2003 ist er Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks und bildet in dieser Funktion den Vorstand des Verbandes.

wirkung

Rückblicke und Perspektiven



Rollstuhlgerechter Aufzug im Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg

Foto ©: European Union 2008/EP

Sonderförderung und Social Top-up

Über Möglichkeiten im Rahmen der Mobilität mit Programmländern (KA103) und Partnerländern (KA107)

TEXT: LUTZ CLEEVES

Inklusion und Chancengerechtigkeit sind zentrale Anliegen des Erasmus+ Programms. Daher können Projektträger für Studierende, Graduierte und Hochschulmitarbeitende mit einem nachgewiesenen Grad der Behinderung (GdB) ab 50 Sondermittel bei der NA DAAD beantragen (Individualantrag). Geförderte mit einem GdB ab 30 sowie Eltern mit Kind(ern) können indes ein Social Top-up aus Erasmus+ Projektmitteln des Projektträgers erhalten.

Die Sonderförderung und das Social Top-up sind hilfreiche Instrumente des Erasmus+ Programms, um möglichst viele Geförderte bei Ihrer Mobilität mit Partner- oder Programmländern in unterschiedlichen Bedarfssituationen zu unterstützen. Neben Menschen mit Behinderung können auch Studierende mit Kind(ern) diese Mittel in Anspruch nehmen. Speziell für deren Belange ermöglicht die Förderung im Rahmen eines Social Top-ups eine deutliche Erleichterung, den finanziellen Belastungen eines Auslandsaufenthalts besser gerecht werden zu können. Neben den monetären Hilfen bleibt aber immer das zusätzliche hohe Engagement der Hochschulen, von Studierendenorganisationen und freiwilligen Helfern unabdingbar. Nicht zuletzt erfordert es den Mut Geförderter, für stets neue Herausforderungen auf dem Weg ins und im Gastland Lösungen zu finden.

Einige Beispiele aus der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Technischen Hochschule Köln zeigen Facetten von oft außergewöhnlichen Lebens- und Studiensituationen. Sie zeigen, wie Teilhabe auch unter ungewöhnlichen Vorzeichen realisiert werden kann – und dass der aufgebrachte Mut meist belohnt wird. →

Erasmus-Studierende, die ein oder mehrere Kinder ins Ausland mitnehmen, erhalten zusätzlich 200 Euro im Monat («Social Top-up»). Mit der Bewerbung um eine Erasmus-Förderung kann auch dieser Aufschlag beantragt werden. Praktikanten können ihn für ein Praktikum nicht mit der zusätzlichen Förderung für Kinder kombinieren, jedoch den jeweils höheren Aufschlag auswählen.*

Studierende zum Studium beziehungsweise (Graduierten-)Praktikum **mit einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 30** erhalten ein Top-up in Höhe von 200 Euro pro Monat. Die Finanzierung des Zuschusses erfolgt aus Fördermitteln des Projektträgers, sie werden bei Mittelumverteilungen bevorzugt berücksichtigt. Zero-Grant-Zeiträume können nicht gefördert werden. Im Falle von SMP-Mobilitäten ersetzt das Social Top-up den Aufschlag für Praktikanten, da beides nicht kombinierbar ist. Das Social Top-up wird der Förderrate der jeweiligen Ländergruppe aufgeschlagen. In der Mobilität mit Partnerländern muss es aus dem Länderbudget der entsprechenden Mobilität finanziert werden. Bei Incoming-Studierenden ist anstatt des Nachweises eines GdB ein ärztliches Attest in englischer Sprache erforderlich.**

* <https://eu.daad.de/infos-fuer-hochschulen/projektdurchfuehrung/mobilitaet-mit-programmlaendern-ka103/sonderfoerderung/de/48019-foerderung-von-studierenden-mit-kind/> [02.06.2020].

** Erasmus+ Leitfaden der NA DAAD für Projekte 2019 – Version II, S. 26, online verfügbar unter: <https://eu.daad.de/eudownloadcenter/download/635/> [02.06.2020].

Viadrina: Vereinbarkeit von Studium und Familienaufgaben

Im Sommersemester 2020 realisierte die Universität die erste Outgoing-Studierendenmobilität mit einem Erasmus+ Social Top-up außerhalb der EU an einer Partneruniversität in Moskau. Durch die Sonderförderung in Höhe von 200 Euro monatlich konnte die Studierende den finanziellen Mehraufwand einer Mobilität mit Kind kompensieren. Aufgrund der Coronapandemie setzte sie dann allerdings das Auslandssemester ab März online von Deutschland aus fort. 3 weitere Studierende der Viadrina sind bereits zuvor mit Kind bei Aufenthalten in EU-Ländern im Rahmen des Programms (KA103) gefördert worden.

Eine besondere Herausforderung für die Verantwortlichen und freiwilligen Helfer in Frankfurt (Oder) stellte zudem der Aufenthalt einer blinden Austauschstudentin aus Georgien dar, die im Rahmen von Erasmus+ KA107 gefördert werden konnte. Für die Hochschule bot dieser Austausch gleichzeitig aber auch eine Chance, Maßnahmen der Barrierefreiheit zu überprüfen.

TH-Köln: aus der Digitalisierungserfahrung durch die Coronakrise Nutzen ziehen

Im akademischen Jahr 2019/2020 bewarben sich 6 Studierende mit Behinderung auf Sondermittel für den Aufenthalt an einer Erasmus+ Partnerhochschule. Zeitgleich wurde ein sehbeeinträchtigter Studierender aus der Türkei für ein Austauschsemester an der TH Köln nominiert.

Als schwierig erwies sich bei den Outgoern die Suche nach einer Partnerhochschule, bei der nicht nur der jeweilige Campus, sondern auch das städtische Umfeld und das Wohnangebot den spezifischen Bedarfssituationen gerecht wurden und der Aufenthalt dabei noch finanzierbar blieb. Die finanzielle Unterstützung durch das Erasmus+ Programm erwies sich dabei als tragfähige Hilfe. So unterstreicht eine Austauschstudierende, «dass die Höhe der finanziellen Unterstützung des DAAD genau an die eigenen Bedürfnisse angepasst worden ist und man somit einen [...] Nachteilsausgleich zu Studierenden ohne Beeinträchtigung bekommen hat». Eine andere Outgoerin aus Köln schreibt: «Schwierigkeiten wird es mit einer Behinderung im Leben immer geben, aber durch die Unterstützung seitens Erasmus+ konnte man die Erfahrung Auslandssemester machen».

Diese Feedbacks sind auch für die Hochschulverantwortlichen an der TH Köln eine Motivation, zumal dort konstatiert wird, dass «die Fördermittel leicht zu beantragen» sind und «die [...] Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen des DAAD wirklich großartig und immer konstruktiv» war. Hilfreich war zudem, dass die involvierten Institute über die Möglichkeiten der Sonderförderung im Erasmus-Programm Bescheid wussten. Geplant ist, die in den letzten Wochen während der Coronapandemie gesammelten digitalen Erfahrungen zukünftig bei der Bearbeitung der Anträge zu nutzen. ■



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

DIE ALLERERSTE SPECIAL NEEDS MOBILITY ÜBER KA107



Esma Gumberidze,
Bachelor-Austauschstudentin von der
Tbilisi State University (Georgien)
im Sommersemester 2016

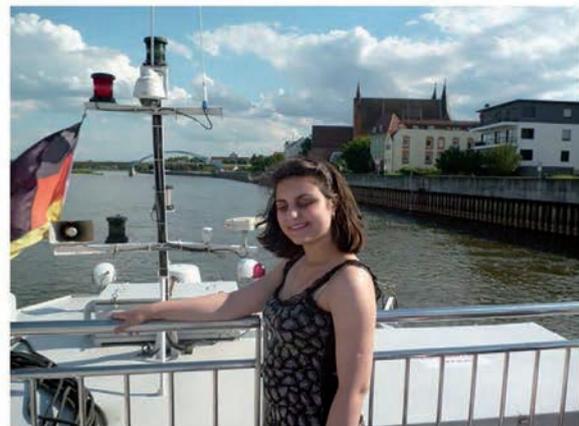


Foto © Esma Gumberidze

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER)

Oleksii Isakov, der Projektkoordinator Erasmus+ KA107, verweist bei den Aktivitäten der Europa-Universität Viadrina stets auf die strategischen Ziele und das Verständnis der Hochschule von Gleichstellung und Familienorientierung



Nora Welsch, für die die Erasmus+ Koordinatorin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2 (positiv beschiedene) Anträge gestellt hat, verbrachte 2 Semester im spanischen Valencia. Für sie bedeutete es eine unglaublich tolle und besondere Erfahrung, im Ausland zu leben und zu studieren, die umso wertvoller ist, wenn sie trotz einer Behinderung erfolgreich gelingt. Foto ©: privat/DAAD

Ein wichtiger Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe

Vorbereitende Reisen für Studierende mit schweren Behinderungen

TEXT: PETRA PODLECH

Erasmus+ verfolgt einen integrativen Ansatz und möchte möglichst vielen Studierenden – unabhängig von ihrer persönlichen Situation – einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. So können Studierende mit Behinderung (ab einem Grad der Behinderung [GdB] von 50) seit 2019 bei bereits vereinbarten Mobilitäten zum Studium oder Praktikum Zuschüsse für vorbereitende Reisen beantragen.

Sinn und Zweck

Ein Auslandsaufenthalt bedeutet normalerweise für alle jungen Menschen eine große Herausforderung. Das gilt mehr noch für Menschen mit Handicap. Auch wenn die Gasthochschule einen barrierefreien Zugang und eine gute Betreuung zusagen kann, gibt es darüber hinaus viele Dinge des täglichen Lebens, die individuell eingeschätzt und geprüft werden sollten, zum Beispiel das Wohnraumumfeld, Barrierefreiheit auf dem Campus oder der öffentliche Nahverkehr. Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten mit Schwerbehinderung (ab GdB 50) haben daher die Möglichkeit, im Vorfeld ihres geplanten und bereits mit der Heimathochschule vereinbarten Erasmus+ Auslandsaufenthalts die örtlichen Gegebenheiten hinsichtlich der individuellen Anforderungen einschätzen und kennenzulernen.

Die Förderung kann darüber hinaus einer Begleitperson zugesprochen werden. Diese Person soll die Studierende beziehungsweise den Studierenden während der Reise unterstützen, beispielsweise dabei helfen, Wege zu prüfen, und ein vorbereitendes Mobilitätstraining vor Ort begleiten. Ebenso kann Hilfestellung bei administrativen Vorbereitungen (Absprache an der Hochschule, Ausfüllen von Formularen etc.) erfolgen.

Aus der Praxis

Seit Einführung der Förderung von vorbereitenden Reisen im Jahr 2019 konnten 5 Studierende sowie Begleitpersonen diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Dazu zählt Sarah P., Studierende an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, für die «die vorbereitende Reise eine super Sache war», wie sie betont. «Vorab konnte ich bereits mit einer Freundin nach Spanien fliegen und vor Ort nach einer Wohnung suchen sowie die Stadt und die Uni kennenlernen. Es war toll und beruhigend, vorher schon meine künftige Wohnung zu sehen, meine Mitbewohner kennenzulernen und die Uni zu besichtigen. So konnte ich ein paar Wochen später ganz entspannt und mit einem super Gefühl mein Auslandssemester antreten.»

Lenka Tucek, Hochschulkoordinatorin für Studierendenmobilität an der Universität Mainz, ist aufgrund ihrer Erfahrungen überzeugt, dass die «neue Förderoption ein guter Ansatz für mehr Inklusion im Erasmus+ Programm ist». Sie «hilft, Ängste bei den Studierenden vor einer Auslandsmobilität abzubauen, und gibt ihnen Planungssicherheit.» Wichtig ist nur, so betont Tucek, «den unkomplizierten Antrag für die Sonderförderung möglichst frühzeitig zu stellen.»

Ausblick

Aufgrund der durch das Coronavirus verursachten Krise sind weitere vorbereitende Reisen momentan nicht möglich. Sobald die derzeitigen Gesundheitsrisiken auf ein Minimum reduziert sind und die Reisen wieder uneingeschränkt stattfinden können, freuen wir uns, wenn viele Hochschulen dieses Angebot annehmen und ihre Studierenden über diese Möglichkeiten informieren würden.

Eine Ausweitung auf die Mobilität mit Partnerländern (KA107) außerhalb Europas wurde bereits von den Hochschulen angefragt und wird diskutiert. Dies wird die NA DAAD unter Berücksichtigung der Mittelbereitstellung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung als auch die noch ausstehenden Details zur neuen Programmgeneration im Jahr 2021 erneut prüfen. →

Prozessbeschreibung

Die NA DAAD fördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vorbereitende Reisen für Studierende mit Behinderung (ab GdB 50) zur Vorbereitung eines Erasmus+ Auslandsaufenthalts zu Studium- und Praktikaaufenthalten in einem Programmland. Der Zuschuss wird als länderabhängige Pauschale für die/den Studierenden sowie maximal eine Begleitperson gewährt.

Im Sinne der Zielgruppe wurde das Antragsprozedere für vorbereitende Reisen vereinfacht. Die Stellung des Antrags beziehungsweise die Kommunikation mit der NA DAAD erfolgt durch die Hochschule, die auch gleichzeitig als Antragstellerin gilt.

Voraussetzungen

- ▷ Die beziehungsweise der Geförderte studiert an einer Hochschule, die im Besitz einer Erasmus+ Charta für die Hochschulbildung (ECHE) ist und am Erasmus+ Programm teilnimmt.
- ▷ Die aufnehmende Hochschule ist ebenfalls im Besitz einer ECHE und nimmt am Erasmus+ Programm teil.
- ▷ Die Hochschule hat der beziehungsweise dem Geförderten eine verbindliche Förderzusage für einen Erasmus+ Aufenthalt in dem im Antrag genannten Zielland erteilt.
- ▷ Der Nachweis über den Grad der Behinderung (Schwerbehindertenausweis) liegt der antragstellenden Hochschule vor.

Antragstellung und Ablauf

- ▷ Der Antrag erfolgt durch die Heimathochschule für Studierende mit Behinderung sowie gegebenenfalls eine Begleitperson, um die Geförderten von administrativen Abwicklungen freizuhalten. Wir empfehlen die frühzeitige Antragstellung zur Planungssicherheit der Geförderten.
- ▷ Die Bewilligung durch die NA DAAD erfolgt innerhalb von 4 Wochen nach Antragstellung und nach Verfügbarkeit der Mittel. Das Bewilligungsschreiben geht an den Erasmus+ Koordinator der Hochschule. Die beigefügte Annahmeerklärung muss vor Beginn der Reise der NA DAAD vorliegen.
- ▷ Eine rückwirkende Förderung ist ausgeschlossen. Ausschließlich vor Reiseantritt bei der NA DAAD eingehende und bewilligte Anträge werden berücksichtigt.

Durchführung der Reise

- ▷ Es wird eine Bezuschussung in Höhe einer länderabhängigen Pauschale gewährt, die je nach Reiseland zwischen 250 und circa 500 Euro beträgt und in gleicher Höhe an die beziehungsweise den Studierenden sowie für die Begleitperson gezahlt wird.
- ▷ Die Reise sowie die Reisedauer sind frei wählbar.
- ▷ Eine Belegpflicht besteht nicht. Lediglich das Vorliegen einer von der (zukünftigen) Gasthochschule ausgestellten Aufenthaltsbestätigung ist erforderlich.

Nach der Reise

- ▷ Die Auszahlung der bewilligten Reisepauschale erfolgt auf das Konto der Hochschule, sofern die Bestätigung der entsendenden Einrichtung vorliegt, dass die Reise stattgefunden hat.
- ▷ Diese Bestätigung muss dem DAAD 6 Wochen nach Abschluss der Reise vorliegen, spätestens jedoch bis zum 01.12. des laufenden Kalenderjahres.
- ▷ Gleichzeitig damit muss ein (formloser) Reisebericht eingereicht werden, in dem dargelegt wird, inwieweit die mit der Reise angestrebten Ziele erreicht wurden.

weiterführende Informationen

- ▷ <https://t1p.de/75a> (Kurzlink zur NA-DAAD-Website) ■

Petra Podlech

Referat EUo2 – Mobilität von Einzelpersonen

> podlech@daad.de

Die gutachterliche Sicht auf Inklusion am Beispiel der Mobilität mit Partnerländern (KA107)

TEXT: ULRICH SCHNEIDER

Unter Erasmus+ ist es den beteiligten Nationalen Agenturen wichtig, Studierenden und Hochschulpersonal mit Beeinträchtigungen den Zugang zu Mobilitäten nicht nur zu ermöglichen, sondern sie zielgerichtet zu fördern. Im Rahmen der qualitativen Bewertung des «Aktivitätsdesigns» der Antragstellenden bewerten Gutachter entsprechende Maßnahmen und lassen sie in die Gesamtbewertung einfließen. Unter den verschiedenen Formen der Beeinträchtigungen soll an dieser Stelle der Schwerpunkt auf Beeinträchtigungen infolge von Behinderungen und chronischen Erkrankungen liegen.

Grundlage für die Bewertung ist allein der schriftlich eingereichte Antrag. Dabei überrascht es immer wieder, dass viele Hochschulen als vorhanden anzunehmende inklusive Angebote nicht beschreiben – und damit auf Punkte und folglich eine bessere Beurteilung verzichten. Hier könnten die Schwerbehindertenvertretung für Hochschulpersonal, das studentische Servicecenter mit seinem in sozialer Arbeit geschulten Personal, das örtliche Studierendenwerk, das AStA-Referat für beeinträchtigte Studierende oder studentische Buddy-Programme genannt werden. Wichtig ist, dass die Antragstellerin und auch ihre ausländischen Partner diese Angebote darstellen. Nicht nur einzelne Anträge, sondern auch die umfangreiche internationale Inklusionsliteratur zeigen, dass eine wertschätzende Unterstützung mit einfachen Maßnahmen selbst an entlegenen Orten unserer Welt erfolgen kann.

Die inklusiven Unterstützungsangebote beziehen sich in der Bewertung auf die entsprechende Information, die chancenwahrende Personenauswahl sowie die Begleitung im Rahmen der Mobilität. Information und Begleitung sind mit den vorgenannten helfenden Händen realisierbar. Die chancenwahrende Auswahl steht öfters im Widerspruch zu anderen Angaben der Antragsteller und belastet dann die Qualität des Antrags. Ein Widerspruch besteht in den Fällen, bei denen die Auswahl primär nach Leistungskriterien erfolgen soll und die Inklusion anschließend nur als Unterziel dargestellt wird. Beeinträchtigte Personen benötigen jedoch regelmäßig mehr Zeit zum Beispiel für die Bewältigung von Wegstrecken, für medizinische beziehungsweise pflegerische Aktivitäten, und sie sind teilweise ebenso in Bezug auf Lesegeschwindigkeit und Konzentrationsfähigkeit betroffen. Würde eine Auswahlentscheidung primär nach Leistungskriterien erfolgen, hätten lediglich die hochbegabten Beeinträchtigten die Chance auf eine geförderte Mobilität.

Ein weiteres, zugegebenermaßen schwieriges Bewertungskriterium mit nur mittelbarem Inklusionsbezug können zu strikte ECTS-Vorgaben sein. Hochschulen, die auch an dieser Stelle vorrangig leistungsorientiert agieren, verlangen von ihren Studierenden für ein Auslandssemester den Erwerb von 30 ECTS. Aufgrund der vorgenannten Erschwernisse schaffen viele beeinträchtigte Studierende bereits an ihrer Heimathochschule kaum diese Vorgaben; so sind Regelstudienzeitüberschreitungen öfters zu beobachten. Lösungsansätze wären Nachteilsausgleiche zum Beispiel bei Prüfungsformen und Fristen auch während des Auslandsaufenthalts, aber ebenso ein besonderes Augenmerk beim Abschluss realisierbarer Learning Agreements.

In der Förderlinie KA107 «Mobilität mit Partnerländern»

werden die von Hochschulen eingereichten Anträge auf Förderung einer qualitativen Begutachtung durch externe Experten unterzogen. Hierbei wird jeweils jeder Antrag auf Förderung mit einem Partnerland durch 2 externe Gutachter nach den folgenden 4 Kriterien bewertet:

- 1) Relevanz der Strategie
- 2) Qualität der Kooperationsvereinbarungen
- 3) Qualität der Projektkonzeption und -umsetzung
- 4) Wirkung und Verbreitung

Unter dem dritten Kriterium wird bei der Frage nach Maßnahmen zur Auswahl der Teilnehmer explizit auf Chancengleichheit eingegangen: «Special attention should be given by the expert to measures planned by the applicant and its partner organisation(s) for ensuring equal opportunities, social equity and promoting participation of disadvantaged persons.»

Die Qualität des «Aktivitätsdesigns» hat zudem Einfluss auf das Bewertungskriterium «Auswirkung auf Teilnehmende». Die Beeinträchtigten erleben den Auslandsaufenthalt nicht für sich isoliert, sondern in einer Gemeinschaft von Mitstudierenden beziehungsweise Mitarbeitenden. Kulturen gehen mit Beeinträchtigungen unterschiedlich um und haben oft eigene Ansätze zur Bewältigung der Herausforderungen infolge von Beeinträchtigungen gewählt. Diese zu erfahren und hiervon zu berichten, ist sicher ein zusätzlicher Baustein im Bericht über die Auswirkungen auf die Teilnehmenden und das Umfeld.

Lohnen sich inklusiv-achtsame Erläuterungen im Rahmen der Antragstellung? Bei der Förderlinie «Mobilität mit Partnerländern» können etwa weitere Punkte in der Bewertung erreicht werden. Lohnt sich die Mobilitätsunterstützung für die Beeinträchtigten selbst? Es gibt erfahrungsgemäß beeinträchtigte Personen, die sich nicht als solche zu erkennen geben wollen oder sich einfach so «durchkämpfen» möchten. Ihnen gebührt Anerkennung für ihren individuell beschrittenen Weg – und an dieser Stelle soll Hilfe nicht aufgezwungen werden. Andere beeinträchtigte Personen möchten jedoch aktiv integriert sein und an allen Aktivitäten ihrer Gemeinschaft «Studierendenschaft» oder «Kollegium» teilnehmen. Für diese leistet eine zielgerichtete Förderung einen wertvollen Beitrag zum «Dabeisein». ■



Foto: Privat

Ulrich Schneider ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Hannover. Er ist seit vielen Jahren als Studiengangsleiter und Vorsitzender des Prüfungsausschusses tätig. Im Jahr 2016 schloss er, unterstützt durch seine Hochschulleitung, den berufsbegleitenden Masterstudiengang «Inklusive Pädagogik und Kommunikation» an der Universität Hildesheim ab.

> ulrich.schneider@hs-hannover.de

Spannende Betätigungsfelder für Inklusion: Kooperationsprojekte in Erasmus

TEXT: BEATE KÖRNER

In der Entwicklung der sich dem Ende neigenden Programmgeneration von Erasmus+ spiegeln sich sehr schön die tief greifenden politischen und gesellschaftlichen Änderungen der letzten 7 Jahre. Während zu Beginn die Schwerpunkte auf der Beschäftigungsfähigkeit von Studierenden, der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft lagen, rückten im Zuge der Flüchtlingskrise ab 2015 beziehungsweise 2016 viel stärker Themen wie «Chancengleichheit und Inklusion», «soziale Teilhabe», «bürgerchaftliches Engagement» und «europäische Werte» in den Blickpunkt.

Unterstützt durch eine sehr offene und offensive Kommunikation in die allgemeine und in die Fachöffentlichkeit hat sich Erasmus+ gleichzeitig zu einem Programm mit vielen Facetten und Ansätzen gewandelt, nicht zuletzt in der Projektförderung. Durch die verschiedenen Förderlinien konnten viele Hochschulen und Bildungseinrichtungen innovative Wege, Ansätze und Methoden entwickeln und testen. Dabei zeigt sich, dass besonders Themenschwerpunkte wie «Chancengleichheit und Inklusion» sicher auch durch den gesellschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren viel stärker in das Bewusstsein der deutschen beziehungsweise europäischen Hochschullandschaft gedrungen sind. Sehr gut lässt sich dies anhand der Förderlinie «Strategische Partnerschaften» illustrieren: Während zu Beginn der Programmgeneration 2014 bei der NA DAAD gerade mal 1 Antrag zu Chancengleichheit und Inklusion gestellt wurde, waren es 2019 bereits 11.

Der erweiterte Inklusionsbegriff

Das Erasmus-Programm bietet den Hochschulen, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen hier dank des weit gefassten Verständnisses von Inklusion schon sehr gute Anknüpfungsmöglichkeiten. Inklusion bedeutet für Erasmus nämlich wesentlich mehr als die Förderung von Personen mit Behinderung. Darunter werden gemäß dem aktuellen Programmleitfaden von Ende Februar 2020 neben Menschen mit mentalen, körperlichen, sensorischen oder sonstigen Beeinträchtigungen unter anderem ebenso junge Menschen mit Bildungsproblemen gefasst wie Personen, die durch soziale, geografische oder wirtschaftliche Hindernisse benachteiligt sind.¹

Nach dem Willen der EU-Kommission soll in der neuen Programmgeneration dieses Konzept in nationale Inklusionsstrategien und in eine gemeinsame europäische Inklusionsstrategie münden, um die herausragende Bedeutung des Themas zu unterstreichen. Erhofft wird sich dadurch, dass bislang benachteiligte Zielgruppen besser erreicht werden und ihnen die Teilhabe an Erasmus ermöglicht wird.² Im Bereich «Strategische Partnerschaften» wird der intensive Fokus auf das Thema «Chancengleichheit» durch die Definition von einschlägigen horizontalen und bereichsspezifischen Prioritäten noch verstärkt.

Darüber hinaus werden Projektanträge bei den Strategischen Partnerschaften, die sich auf die horizontale Priorität «soziale Eingliederung» beziehen, schon heute prioritär ausgewählt. Dies ist ebenfalls ein klares Signal der EU-Kommission, dass das Thema schon jetzt hoch auf der europäischen Agenda angesiedelt ist.

¹ Siehe Europäische Kommission, Erasmus+ Programmleitfaden, Version 2 (2020): 26/02/2020, Brüssel: Europäische Kommission, 2020, S. 10, online verfügbar unter <https://t1p.de/j2y4> [19.05.2020].

² Zu den Herausforderungen im Hinblick auf Studierende in Deutschland siehe den Beitrag von Markus Symmank auf S. 7–12.

Beispiele aus der Praxis

In fast allen Erasmus+ Förderlinien wie bei den Jean Monnet-Aktivitäten (siehe das Interview auf S. 36–37) oder bei Kapazitätsaufbauprojekten gibt es interessante Projektbeispiele mit dem Fokus auf Zielregionen außerhalb Europas. 2 erfolgreiche Strategische Partnerschaften, die sich besonders auf Europa konzentrieren, möchten wir Ihnen im Folgenden vorstellen.

Beide beschäftigen sich mit der Inklusion von Gehörlosen beziehungsweise Hörgeschädigten, gehen jedoch dabei auf unterschiedliche Problematiken ein. Während das 2019 angelaufene Projekt «InSign», das von der Universität Siegen geleitet wird, sich der innovativen Infrastruktur für eine gemeinsame Lingua franca zwischen Gehörlosen und Hörenden widmet, fokussiert das seit 2018 vom Sprachen- und Dolmetscherinstitut München koordinierte Projekt «Live Text Access» auf die Inklusion von Gehörlosen durch harmonisierte Trainings für intralinguale Echtzeit-Untertitelung. Die beiden Projektkoordinatoren Professor Dr. Hubert Roth (Siegen) und Frau Rocío Bernabé Caro (München) ermöglichen uns einen Einblick in die verschiedenen Aspekte ihrer Arbeit.

horizontale Prioritäten für Strategische Partnerschaften

Soziale Eingliederung hat absoluten Vorrang in allen Bereichen des Erasmus+ Programms. Insbesondere durch innovative, ganzheitliche Ansätze sollen das Teilen gemeinsamer Werte, die Gleichstellung, die soziale Eingliederung, die Vielfalt und die Nichtdiskriminierung gefördert werden. Priorität erhalten Projekte, die neue Ansätze zur Verringerung der Ungleichheiten beim Zugang zu und Umgang mit formaler und nicht formaler Bildung unterstützen und bewerten oder gegen Diskriminierung, Segregation und Rassismus vorgehen.

bereichsspezifische Prioritäten im Hochschulbereich bei Strategischen Partnerschaften

Das Programm unterstützt inklusive Ansätze in Bezug auf Mobilität und Zusammenarbeit wie

- erhöhte Zugangsgerechtigkeit, Teilnahme- und höhere Abschlussraten unterrepräsentierter und benachteiligter Gruppen,
- Entwicklung und Umsetzung flexibler Mobilitätsprogramme (kurzzeitig, virtuell und gemischt) und
- aktive Unterstützung der ankommenden Teilnehmenden bei der Unterkunftssuche. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf einem ausgewogenen Geschlechtergleichgewicht.

Beate Körner
Referat EU03 –
Partnerschaften und Kooperationsprojekte
> koerner@daad.de

Projektbeispiel

Strategische Partnerschaft «Advancing inclusive education through International Sign» (InSign)

Koordinator(in)	Prof. Dr. Hubert Roth, Universität Siegen, Deutschland
Partner(innen)	<ul style="list-style-type: none"> – Politécnico do Porto, Portugal – Europaikos Syndesmos Prosanatolismou Stadiodromias, Zypern – Hellenic Mediterranean University, Griechenland – Univerza v Mariboru, Slowenien
Förderzeitraum	2019–2022
Fördersumme	293.014 Euro
Website	https://www.uni-siegen.de/zew/insign/

Deaf students experience difficulties in communication with non-deaf and deaf students from different nationalities due to the use of different sign languages. The InSign project establishes an innovative infrastructure to raise awareness and promote the use of International Sign as a lingua franca for deaf-deaf and deaf-non-deaf users. This innovative infrastructure will tear down barriers to communication with deaf students and open the door towards internationalisation, education and globalisation for young deaf students. InSign develops the systems and tools required to support an inclusive higher education paradigm by transferring recent research results to society.

What made you decide to tackle this topic?

In Europe, there are approximately 50 officially recognized sign languages used by millions of people. Sign languages, however, are different despite sharing common characteristics; similar to oral languages. The lack of a lingua franca shared by all creates communication barriers which causes the exclusion of deaf people from the globalized world and from international networks. These communication barriers are so hard to overcome that the natural reaction of the deaf is to live in their own communities with little contact to what is outside of them. This involuntary isolation is one of the main reasons for high numbers of depression and mental illness in deaf students.

Providing channels for communication and access to digital educational materials in a common sign language that all deaf students can understand will facilitate the access of deaf students to education and promote their inclusion into a globalized society. This common sign language does exist in the form of International Sign (IS), but it is not commonly used, apart from big international congresses and global events like the World Federation of the Deaf and COINES. Raising awareness of and promoting a preliminary contact with IS in academia will make a significant contribution to opening the global world of education and mobility to deaf students. This is the purpose of the InSign project.

What are the intended results of this project?

There are three main objectives we pursue:

- ▷ An automatic translator from text to gesture in several European languages to International Sign represented by a 3D avatar
- ▷ A certified course on International Sign and a MOOC addressed to the deaf and non-deaf that want to learn a simple sign language
- ▷ A book published in five European languages describing the main aspects of International Sign as a globalized lingua franca

What do you hope to achieve?

There are a number of things we would like to have achieved at the national, European and international level by the end of the project, particularly concerning different target groups and stakeholders. Concerning the latter, we expect – or certainly hope – that deaf students will have facilitated access to education and will obtain effective ways to communicate with non-deaf and other deaf of different nationalities. In addition, we hope that institutions adopting the InSign outputs will enhance their digital integration at various levels in learning, teaching, training and youth work and also assume a leading role when it comes to the inclusion of deaf citizens, boosting their visibility and public recognition.

At the national levels – keeping in mind that institutions from five European countries participate in the project –, deaf communities should have better access to education and find it easier to be active citizens. At the same time, we hope to raise awareness of the need for inclusive schools as well as the benefits of assistive technology for the deaf community.

Turning to the European and international levels, the European Sign Language Translator should not only be available in classrooms, but should also be utilized for public attendance services. The InSign project will produce, to the best of our knowledge, the first unique system for automatic real time translation between sign languages from different nationalities and for International Sign. This will have an impact on schools, mainly those in higher education and on vocational education schools that are focusing on the internationalisation of education as a key factor to improve students' competences in European public institutions like the European Parliament, as well as in multinational institutions like UNESCO, ONU, Amnesty International and Disabled People's International.

By encouraging widespread use of International Sign, this project seeks to establish new best practices in its expansion among educational institutions from the local to international level for the improved inclusion of deaf students into academia and society.



Die InSign-Projektpartner beim Kick-off-Meeting in Siegen
Foto ©: Peter Sahn

Projektbeispiel

Strategische Partnerschaft «Live Text Access (LTA): Quality Training in real time subtitling across EU and EU languages»

Koordinator(in)	Rocío Bernabé Caro, Sprachen- und Dolmetscherinstitut München e.V., Deutschland
Partner(innen)	<ul style="list-style-type: none"> – Universitat Autònoma de Barcelona, Spanien – Scuola Superiore per Mediatori Linguistici, Italien – ECQA GmbH, Österreich – Velotype VOF, Niederlande – SUB-TI Access SRL, Italien – European Federation of Hard of Hearing People, Niederlande – ZDF Digital Medienproduktion GmbH, Deutschland
Förderzeitraum	2018–2021
Fördersumme	356.331 Euro
Website	https://ltaproject.eu

LiveTextAccess is a strategic partnership between educational and non-educational institutions that tackles the need for harmonised training in real-time intralingual subtitling. This type of subtitles, also called captions, are used to provide access to live content for people with hearing loss. The partnership consists of three universities, two accessibility service providers, one broadcasting company, one certification association and one enduser association. The project comprises five working packages called intellectual outputs (IOs) that have two central focuses: competence-based training and certification. On its completion in August 2021, LTA will provide four main outputs: skills cards for respeakers and velotypists, a modular curriculum, open-source learning materials, and a certificate.

What made you decide to tackle this topic?

Real-time intralingual subtitling has gained momentum as a profession since the adoption of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities and as legal frameworks have evolved across Europe and overseas. Training programmes have emerged in higher education and in-house contexts to meet increasing demand for qualified professionals. However, courses often focus on a single technique – either respeaking or keyboard-based production – or work setting, mainly TV broadcasting. As a result, trainees fail to acquire the knowledge and skills necessary to ensure even provision for different work settings, such as broadcasting, parliamentary assemblies, education or the workplace. LiveTextAccess project aims to approach harmonisation in training by providing vocational and higher education institutions with an all-encompassing modular curriculum and open-source learning materials.

What contribution does the project make to inclusion at your university or within your consortium? Why is the international, European or Erasmus+ aspect important for you?

Higher-education partners will be able to consolidate and expand their role as institutions that foster inclusion at a local and European level. Overall, university partners will be able to raise awareness among students and lecturers and to implement the LTA curriculum transversally. On the one hand, students from translation-related degrees will profit from a new specialisation. On the other, students from other degrees will have access to the general module about accessibility through workshops.

The European Federation of Hard of Hearing People will be able to reach a wider audience and increase awareness of their needs. The training will reflect what end-users of real-time intralingual subtitles expect from live subtitles in each situation. Likewise, partners working as service providers

will be able to improve their services and to develop their in-house training programmes for prospective employees in the job.

Erasmus+ is an overarching programme that is known for fostering high-quality projects that support European priorities. Being part of this platform allows the project to more efficiently reach and transfer knowledge within Europe as well as to create new alliances. One example has been the planned events, which have proven to be excellent platforms for exchange and networking across Europe and sectors

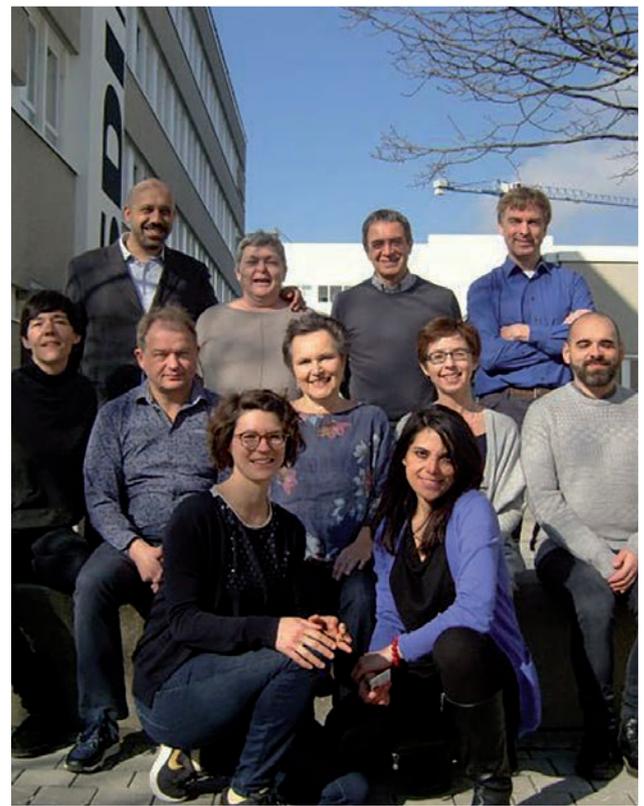
What do you hope to achieve with the project?

LTA's results will primarily affect future real-time subtitling experts. Often real-time subtitlers are transferred from different but related jobs, lacking consistent evidence-based training. LTA will equip them with the skills to become an intralingual real-time subtitler as needed in the market and provide the training procedures for both higher education and vocational students. It will also lay out the main requirements to integrate these professionals in live events, in the classroom, in TV and in parliamentary assemblies. These new trained skills will foster their employability. At the same time, the trained working settings – face-to-face, online and relay – will open LTA students to new job opportunities. The flexible nature of the training material will cater to the individual needs of different types of trainees and offer them a unique, open and high-quality learning opportunity. Europe-wide open access will allow intersectoral knowledge transfer.

Through the new certified profile and the exchange of best practices between academia and the industry, the project will raise awareness and promote media accessibility as a business opportunity. Partners outside of higher education and real-time subtitling providers will be able to broaden their knowledge about the competences required of the real-time subtitlers they employ.

The open and innovative education and training offered by LTA will have a direct impact on all professions related to real-time subtitling, also creating youth work opportunities in the audiovisual translation and real-time subtitling sectors. The status of the real-time subtitler will be recognized and the widened professional profile will cater to more text-specific needs and creative solutions.

New audiences (e.g. the elderly, migrants, people with learning disabilities) will be reached and new settings (e.g. medical assistance) will arise. The quality of the subtitles will increase, and the service will expand to other languages and countries with less of a subtitling tradition. Reaching out to blind end users and other parties will be driven by stakeholders at the local (Bavarian Association of People with Hearing Disabilities, GIB), regional (e.g. Progetto il Seme), national (e.g. Sinosz) and international level (e.g. European Disability Forum), including countries not represented in the consortium. Lastly, through dissemination activities, especially at the local level, we expect to raise awareness of media accessibility. Through our research and the dissemination of our findings we aim to expand the capabilities of real-time intralingual subtitling within a wider range of real-life contexts. ■



Das LTA-Konsortium bei einem Treffen in München Foto ©: SDI-München

Andreas Thimmel: «Nicht nur ein Beitrag zur deutschen Wettbewerbsfähigkeit»

Ein Gespräch über soziale Inklusion von der Jugendarbeit an

DAS GESPRÄCH FÜHRTE LUTZ CLEEVES

Andreas Thimmel konkretisiert Ziele: Der gemeinsame Weg der European Youth Work soll stärker in den Fokus deutscher Diskussionen über dieses Thema rücken und die praktische Umsetzung gleichzeitig intensiviert werden. Denn Deutschland, so sagt er, habe eigentlich starke Strukturen in der Jugendarbeit. Und deshalb sei es wert, sich auch stärker in den europäischen Diskurs darüber einzubringen.

Deutschland und Europa

In seinem Jean Monnet-Lehrstuhls beschäftigen sich Studierende mit der europäischen Dimension von Bildung und Jugendpolitik sowie mit Strukturen und Konzepten der Jugendarbeit. Dabei greift Thimmel auf seine Forschungen zurück, die unter anderem untersuchen, wie in anderen Ländern Bildungsarbeit im Jugendbereich stattfindet. Diese, so stellt er fest, erfolge oft aus einer eigenen Logik heraus, folge gewissermaßen eigenen Gesetzen, sehr oft einem emanzipatorischen Ansatz, und sei eine Ergänzung des schulischen und hochschulischen Bildungsbegriffs.

Das System der Jugendarbeit in Deutschland führe eher zur Vorstellung, europäische Jugendarbeit sei stark durch eine Ökonomie dominiert: Europa bedeutet Organisation, Geld – die emanzipatorischen Bestandteile dieser Praxis in anderen europäischen Ländern werden oft nur unzureichend zur Kenntnis genommen. «Den starken Beitrag, zum Beispiel der deutschen Nationalen Agentur JUGEND für Europa, möchte ich positiv herausstellen», grenzt der Sozialwissenschaftler seine Bewertung ein.

Die Bedeutung nonformaler Bildung

Welchen Stellenwert hat die europäische Jugendarbeit für einen späteren Studierendenaustausch? «Aus einer politisch-strategischen Sicht kommt es darauf an, dass der Hochschulsektor und der Schulsektor zuerst einmal anerkennen, wie viel im Jugendbereich an Vorarbeiten geleistet wird», sagt Thimmel. Und er verweist auf sein Konzept des sogenannten Mobilitätspuzzles, wodurch unterschiedliche Formate der Heranführung an internationale Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen unterstützt und gleichfalls wertgeschätzt werden. Darin liegt nach seiner Auffassung der Schlüssel für eine soziale Inklusion auch im Hochschulbereich.

Das Mobilitätspuzzle zeigt, dass es für jede Altersgruppe unterschiedliche Formate und unterschiedliche Träger gibt. «In der heterogenen Landschaft der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit ist es aber oft schwierig, dabei zur Kenntnis genommen zu werden.» Umso wichtiger ist es Andreas Thimmel, dass es in Deutschland 4 Nationale Agenturen gibt, die einen gemeinsamen Diskurs, aber unterschiedliche Organisationsebenen haben. Sonst, so befürchtet er, könnte der nonformale Bildungsbereich gezwungen sein, sich den formalen Kriterien der Hochschule und der Schule anzugliedern.

Aber auch dort sieht er ein Interesse an einer höheren Bewertung des nonformalen Bildungsbereichs und fordert dabei nachdrücklich, die europäische Jugendarbeit zur Vorbereitung einer sozialen Inklusion im Hochschulsektor stärker zu gewichten. «Der Bildungsbegriff, wie ich ihn vertrete, der weniger wettbewerbsorientiert ist und stärker einem emanzipatorischen Bildungsbegriff folgt, sollte in allen 4 Bildungsbereichen (Schule, Hochschule, berufliche Bildung, Jugend) mehr Gehör finden und einen Platz haben.» ➔

Mobilitätspuzzle als ein Beitrag zur Senkung von Zugangsbarrieren zur internationalen Bildung



Im Modell des Mobilitätspuzzles werden die unterschiedlichen Angebote des pädagogischen Kinder- und Jugendreisens, des Schüleraustauschs, der Internationalen Jugendarbeit und des internationalen Freiwilligendienstes konzeptuell zusammengebracht und zusammengedacht. Im Bereich der Jugendarbeit (inkl. Jugendverbände, Jugendbildung) stehen dabei Aktivitäten wie Stadtranderholung, Wochenendausflüge, Ferienfreizeiten, Jugendauslandsreisen und internationale Austausch- und Begegnungsformate im Fokus und nebeneinander. Im schulischen Kontext sind Schulfahrten, gruppen- oder schulklassenbezogene Austauschaktivitäten, Schulpartnerschaften sowie der Einzelschüleraustausch die relevanten Bestandteile des Mobilitätspuzzles. Hier sind die gemeinnützig organisierten Jugendaustauschorganisationen, die seit vielen Jahrzehnten langfristigen Schüleraustausch und andere Formen der schulischen Auslandsmobilität organisieren, ein wichtiger Akteur bei der Ermöglichung von internationaler Erfahrung an der Schnittstelle zwischen Schule und nonformaler Bildung. Aktivitäten des Reisens und der internationalen Bildung sind bisher voneinander getrennt existierende Reise- und Begegnungsformate. Aus der Perspektive der Eröffnung von Zugängen zur Mobilität und einer inklusiv konzipierten Auslandserfahrung sind diese Barrieren zu überwinden. Dieser Befund und die Notwendigkeit der Überwindung von organisatorischen und konzeptionellen Barrieren gelten auch für den wichtigen Zusammenhang zwischen nonformaler Bildung, schulischer Bildung und Hochschulbildung.

Herausforderungen und mögliche Lösungswege

Was ist in diesem Kontext in der laufenden Programmperiode von Erasmus+ hervorzuheben? «Auf der konzeptionellen Ebene sind wir weit. Wir diskutieren über die unterschiedlichsten Personengruppen und darüber, wie weit wir diese individuell unterstützen. Im Rahmen unserer so genannten Zugangsstudie zur internationalen Jugendarbeit haben wir bereits darauf hingewiesen, dass mit der Markierung von Sondergruppen auch eine Reproduktion von Ungleichheitsverhältnissen einhergeht.»

Der Weg aus diesem Dilemma ist schwierig: Es sind auf der diskursiven Ebene sehr anspruchsvolle Texte produziert und Konzepte entwickelt worden, bei der Frage der Durchsetzung folgt aber meist das Problem, dass es eine Dominanz des Organisatorischen, des Finanziellen oder bestimmter Formate gibt. Alles hängt davon ab, wie flexibel sich ein organisatorisches System zeigt, um eine programmatisch gewollte Inklusion auch voranzutreiben. «Relativ viel ist schon passiert, das muss jetzt weitergehen.» Ein Schlüssel ist dabei die Flexibilisierung und die Bezugnahme auf den Einzelfall. «Vielleicht hilft uns die Praxiserfahrung, die wir in den letzten Monaten infolge der Coronakrise machen mussten, auch für flexible Verwaltungsabläufe in der Zukunft.»

Als schwierig wird sich dabei aus seiner Sicht der Umstand erweisen, dass rechtssichere Entscheidungen häufig der lebensweltorientierten Annahme des Einzelfalls entgegenstehen. «Da muss es eine kluge Balance geben», und dies vor allem im Hinblick auf eine weitere Digitalisierung von Bearbeitungsprozessen. Der individualisierte Blick muss Vorrang haben. Schlussendlich, so hält Thimmel fest, haben Nationale Agenturen einen Entscheidungsspielraum, den sie nutzen können und sollen.



Foto ©: Privat

Andreas Thimmel ist Professor für Wissenschaft der Sozialen Arbeit an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Köln und Leiter des Forschungsschwerpunkts non-formale Bildung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind internationale Jugendarbeit, europäische Jugendpolitik, politische Bildung und Kooperation in der Jugendarbeit. Seit 2019 hat er den Jean Monnet-Lehrstuhl «Bildung und Jugendarbeit in Europa» inne.

> andreas.thimmel@th-koeln.de

Ein Blick in die Zukunft

Ermöglicht es eine zielorientierte Jugendarbeit, diese Altersgruppe schon vor einem späteren Studienbeginn auf den internationalen Austausch vorzubereiten? Ja, meint Thimmel, und verweist auf den Gruppenaustausch bei den Jugendverbänden, in der lokalen Jugendarbeit, bei den Jugendzentren. Jugendliche sollten nach seiner Meinung eine gruppenbezogene Internationalitätserfahrung machen, «wo eben nicht die Sprache eine zentrale Rolle spielt und wo sie dennoch – auch das belegen unsere Forschungen ganz klar – ein Selbstbewusstsein bekommen, sich an das Sprechen gewöhnen und motiviert werden für die Begegnung mit jungen Menschen aus anderen Ländern». Das können gruppenbezogene Jugendreisen sein, aber ebenso der europäische Freiwilligendienst, Schülerreisen oder der gemeinnützige Einzelaustausch über 3 oder 6 Monate. Kein Format ist besser als das andere. Auf den so gewonnenen Erfahrungen junger Menschen kann die Hochschule später aufbauen und entscheidend davon profitieren. «Das ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen sozialen Inklusion.»

Für die kommende Programmgeneration von Erasmus+ definiert Thimmel konkrete Wünsche: «Die begonnene Zusammenarbeit der 4 Bereiche muss weiter auf Augenhöhe erfolgen und gestärkt werden», hebt er hervor. Wichtig ist ihm zudem, «dass Erasmus nicht nur einen Beitrag zur deutschen Wettbewerbsfähigkeit bewirkt, sondern dass daraus ein integraler Bestandteil von Erziehung, von Bildung wird; dass damit Jugendliche, Schüler, Studierende eine internationale Erfahrung machen, die zu ihrer Persönlichkeitsbildung beiträgt». ■

Partizipativer Journalismus als Politikunterstützung?

Das Projekt «INsPIrE» als Beispiel der Förderlinie «Projekte Sozialer Inklusion»

TEXT: KIRON PATKA/MATTHIAS BECKER

Wie kann eine demokratisch verfasste Gesellschaft bunter, pluralistischer, inklusiver werden? Wie lässt sich ihre demokratische Grundlage stärker festigen? Diesen Fragen ist das zwischen 2016 und 2018 im Rahmen der Erasmus+ Förderlinie «Projekte Sozialer Inklusion» durchgeführte Projekt «INsPIrE» entlang eines kommunikationswissenschaftlichen und medienpraktischen Ansatzes nachgegangen. Das Ziel bestand darin, Ansätze eines partizipativen Journalismus zu entwickeln und dabei soziale Gruppen zu erreichen, die sonst lediglich als Objekte der Berichterstattung dienen und in Mainstream-Medien oft unterrepräsentiert, gar von sozialer Exklusion bedroht sind: Milieus urbaner Jugend.

Im Verbund mit Studierenden aus den Bereichen «Journalismus» und «Medienwissenschaft», die bereits über erste journalistische Erfahrungen verfügten, sollten die Jugendlichen gemeinsame und partizipative Formen des lokalen Journalismus erproben. Insofern hatte das Projekt eine starke medienpädagogische Komponente, wobei die diesbezüglichen Ansätze auf eine Stärkung der Medienkompetenz im Hinblick auf die Produktion von Medienangeboten abzielten. Im Vordergrund stand also die verantwortungsvolle und bewusste Gestaltung von öffentlichen, journalistischen Aussagen und audiovisuellen Medienangeboten.

Angelegt war es als Aktionsforschungsprojekt (*action research project*). Das heißt, die Idee eines partizipativen Journalismus in den Medien wurde einerseits theore-

Erasmus+ Politikunterstützung: Projekte Sozialer Inklusion*

Ausschreibung

jedes Jahr

Ziel

Verbreitung bewährter Vorgehensweisen oder Erarbeitung innovativer Methoden in den Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung

Förderung

EU-Förderung/Projekt: max. 400.000 Euro bei einer Projektdauer von 24 Monaten und 500.000 Euro bei einer Projektdauer von 36 Monaten (zzgl. 20 Prozent Eigenbeteiligung)

Projektkonsortium

mind. 4 förderfähige Organisationen aus 4 unterschiedlichen Programmländern

* «Projekte Sozialer Inklusion» ist eine von drei Förderlinien der Erasmus+ Leitaktion 3: Politikunterstützung und gehört zu den zentralen Maßnahmen. Im Rahmen dieser Förderlinie werden Projekte unterstützt, die zur sozialen Inklusion in den Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie Erwachsenenbildung beitragen.

tisch diskutiert und entwickelt, andererseits aber auch praktisch erprobt. Die Arbeit fand dadurch stets auf zwei Ebenen statt: auf der Ebene des transnationalen Austauschs und auf der Ebene lokaler und regionaler Aktivitäten an den einzelnen Projektstandorten. ➔

Projekt «Innovative educational practices for an inclusive and participatory Europe – Bridging the gap between university and non-formal education» (INsPIrE)

Koordinator(in)	Haute Ecole Galilée, Belgien
Partner(innen)	– Eberhard Karls Universität Tübingen, Deutschland – Universitatea Babeş-Bolyai, Rumänien – City University of London, Vereinigtes Königreich – Universitat Autònoma de Barcelona, Spanien – Thomas More Hogeschool, Belgien
Förderzeitraum	2016–2018
Fördersumme	426.967 Euro
Website	http://inspire-europe.eu

Im Gespräch mit dem *DAADeuroletter* erläutert der Medienwissenschaftler und Akademische Mitarbeiter an der Universität Tübingen Dr. Kiron Patka, der 2018 die lokale Koordination des Projekts für den Standort Tübingen übernahm, die dem Projekt zugrunde liegenden Überlegungen. Zudem spricht er unter anderem noch über die unterschiedlichen Erfahrungen und Herausforderungen der 6 in das Projekt involvierten Partner und gibt einen Einblick in die konkrete Arbeit des Tübinger Teams.

Lieber Herr Patka, welche Überlegungen lagen dem Projekt zugrunde?

Konzeptioneller Ausgangspunkt war die Beobachtung aktueller Herausforderungen und Defizite in unseren Mediengesellschaften, wie sie als «Vertrauenskrise» oder «Repräsentationskrise» des Journalismus gesellschaftsweit verhandelt werden. Schon Studierende journalistisch orientierter Studiengänge sind typischerweise Vertreter*innen spezifischer gesellschaftlicher Milieus – oder sie werden während und durch das Studium dazu. Das birgt die Gefahr einer Distanzierung zu und Abkopplung von anderen Gesellschaftsbereichen; erlebbar wird das für Studierende insbesondere dann, wenn sie noch Freund- und Bekanntschaften aus Schule oder Nachbarschaft haben, die weniger Optionen hatten und eben nicht zum Studium gegangen sind. Lebenswelten wie auch Medienerfahrungen laufen da schnell auseinander, befördern eine Partikularisierung der Gesellschaft und stehen produktiven Verständigungsprozessen tendenziell entgegen.

Dem Ideal einer pluralistischen, demokratisch verfassten Gesellschaft verpflichtet und im Bewusstsein für die zentrale Rolle publizistischer Medien in gesellschaftlichen Prozessen war es ein Kerngedanke von INSPiRE, dass alle gesellschaftlichen Gruppen medial repräsentiert werden müssen. Das heißt, es ist notwendig, dass alle gesellschaftlichen Gruppen aktiv und produktiv an publizistischen Medien teilhaben können. In den bestehenden und sehr wertvollen Initiativen unterschiedlicher *community media* zeigt sich leider oft, dass entweder mediale Produktion und Nut-

zung in denselben engen Communitys verhaftet bleiben und so einer Repräsentationskrise kaum entgegengewirkt werden kann oder trotz theoretisch vorhandenen Zugangs es eben doch immer die gleichen Gruppen sind, die sich von Angeboten wie einem Bürgerfunk oder offenen Kanälen angesprochen fühlen.

Und diesen beobachteten Herausforderungen sollte mithilfe des Konzepts eines partizipativen Journalismus entgegnet werden?

Wir wollten zumindest einen Teil der Gesellschaft ansprechen, nämlich Jugendliche und junge Menschen, die in ihren Lebenswelten und durch ihre jeweiligen Biografien keinen oder nur geringeren Zugang zu formaler Bildung erhalten haben. Diesen Jugendlichen sollte die Teilhabe an öffentlichen Ausdrucksmöglichkeiten gegeben, sie mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet, ihnen aber auch Zugang zu entsprechenden Kanälen ermöglicht werden. Kurz: Es ging darum, diesen jungen Menschen eine eigene vernehmbare Stimme zu geben.

Zugleich wurde ein medienpädagogisches Ansinnen verfolgt: Gerade diejenigen, die klassischen Medien mit großer Skepsis entgegneten und dadurch besonders anfällig sind beispielsweise für Fake News, sollten mit den Mechanismen und Funktionsweisen medialer Aussagenproduktion vertraut gemacht werden. Dieser Perspektivwechsel und diese Selbsterfahrung in medialer Produktionspraxis helfen dabei, zu einem kritischen Denken im positiven Sinne zu ermutigen. ✚



Foto ©: Martin Frech

Kiron Patka ist Akademischer Mitarbeiter und Erasmus-Fachkoordinator am Institut für Medienwissenschaft der Universität Tübingen. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den auditiven Medien, er gibt Seminare zu Themen wie Radio-Sounddesign, Podcasting, Audiojournalismus, multimediale Formate oder digitales Storytelling.

> kiron.patka@uni-tuebingen.de

Welche besonderen Herausforderungen haben sich im Rahmen der Projektumsetzung für Sie beziehungsweise das Projektkonsortium ergeben?

Viele lagen in den alltagspraktischen Anforderungen an akademisches Arbeiten: das hohe Maß an europaweiter Mobilität zur Abstimmung und Diskussion, zur Präsentation von Ergebnissen, für Workshops oder Konferenzen – das alles beispielsweise ließ sich nicht immer umstandslos in den Arbeitsalltag integrieren. Aus heutiger Perspektive erscheint es fast unvorstellbar, dass wir noch 2018 so viel geflogen sind, statt digitale Videokonferenzen abzuhalten.

Ich möchte darüber hinaus vier spezifische Herausforderungen des Projekts benennen. Die erste große Hürde war es, passende Projektpartner zu finden, also zivilgesellschaftliche Institutionen und Gruppen aus der Jugendarbeit, die zu einer Kooperation bereit waren. Schon an diesem Punkt zeigte sich ein zentrales Strukturproblem unseres Konzepts gesellschaftlicher Teilhabe: Der Impuls ging zwangsläufig von uns als Hochschulen aus; die Projektpartner mussten erst davon überzeugt werden, dass sie von journalistisch-publizistischer Partizipation profitieren würden oder dass die Gesellschaft letztlich profitieren würde.

Die zweite Herausforderung bestand in rechtlichen Fragen bei der Arbeit mit Jugendlichen. Hier hat sich herausgestellt, dass die Teilprojekte mit jungen Erwachsenen gegenüber denen mit minderjährigen Jugendlichen im Vorteil waren. So war es in unserem Tübinger Teilprojekt, das hauptsächlich mit Schulen zusammenarbeitete, beispielsweise nicht möglich, die Jugendlichen mit zu den transnationalen Workshops einzuladen.

Die dritte Schwierigkeit, der sich andere Teilprojekte stellen mussten, ergab sich durch die unterschiedlichen Vorstellungen von Engagement und Zuverlässigkeit, die sich bei manchen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigten. Das führte gelegentlich zu Reibungen und Verzögerungen. Die Reflexion solcher Herausforderungen, die Auseinandersetzung damit, welche Regeln und Vereinbarungen formuliert werden müssen, in welcher Weise das miteinander verhandelt werden sollte, erwies sich aber schließlich als fruchtbarer Gewinn für alle Beteiligten.



Fotos ©: Alessia Capasso

Schließlich sei noch eine letzte Problematik erwähnt, die uns die Notwendigkeit von Projekten wie unserem in geradezu ironischer Weise vor Augen geführt hat. Ein sinnbildlicher Slogan, den wir für manche Workshops verwendet haben, lautete «Gib das Mikro aus der Hand!» Damit wollten wir dem Anspruch des Projekts Ausdruck verleihen, die journalistische Deutungshoheit abzugeben, und unseren Partnern die Möglichkeit der selbstbestimmten Artikulation geben. Dagegen sprach aber die versicherungsrechtliche Situation. Unsere Studierenden, die über die universitäre Ausleihe Zugang zu Medienequipment hatten, durften die Geräte selbstverständlich nicht aus der Hand geben. Für dieses Dilemma gab es keine offizielle Lösung. ➔

Aufgrund Ihrer Ausführungen entsteht der Eindruck, dass es sich insgesamt um ein recht heterogenes Projekt handelte.

In den einzelnen Teilprojekten war das auf jeden Fall so. Es war daher während der Laufzeit des Projekts immer wieder eine Herausforderung, die Gemeinsamkeiten zu finden und zu artikulieren. Aber gerade diese Heterogenität hat am Ende doch zu einem breiteren Erkenntnisgewinn geführt und uns dabei geholfen, die Hürden so eines Projekts spezifischer zu erkennen.

Welche Ziele wurden für das Projekt definiert und konnten diese erreicht werden? Welche Schlüsse ziehen Sie auf lokaler, aber auch auf europäischer Ebene aus dem Projekt?

Das ganze Projekt war ja explorativ angelegt. Wir wollten ausprobieren, erproben, aber auch einen Pfad auslegen und die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit die Kerngedanken des Projekts weiterbearbeitet werden können. Das ist uns, wie wir glauben, gelungen.

Entsprechend haben wir zum Abschluss des Projekts nicht nur unsere interdisziplinären Erkenntnisse in einer akademischen Publikation dokumentiert. Darüber hinaus sind auch zwei praxisbezogene Veröffentlichungen entstanden: Ein Leitfaden hält unsere Erfahrungen in der praktischen Umsetzung vor allem auf lokaler Ebene fest und gibt in Form einer grafisch aufgearbeiteten Hilfestellung konkrete Hinweise, wie engagierte Hochschulen und Institute vergleichbare Kooperationen eingehen können, wie sie auf Kooperationspartner zugehen und welche Hürden sie bei der Zusammenarbeit im Blick behalten sollten.* Schließlich haben wir eine kleine Handreichung entwickelt, die politischen Entscheidungsträgern Argumente an die Hand gibt, wie und weshalb sie sich für das Projekt eines partizipativen Journalismus in einer pluralistischen Mediengesellschaft stark machen können.

* Der Praktische Leitfaden steht auf Deutsch, Englisch, Französisch, Niederländisch, Spanisch und Rumänisch auf der Projektwebsite zum Herunterladen bereit. Die deutsche Version findet sich unter <https://t1p.de/j17i> [05.06.2020].

Die Auseinandersetzung mit den Kerngedanken von INSPiRE hat sicherlich nachhaltige Wirkung gezeigt und im Hinblick auf unsere journalistische Praxisausbildung das Bewusstsein für gesellschaftliche Teilhabe und partizipative Ideen erhöht. So verfolgen wir speziell unseren Ansatz mit dem medienpädagogischen Fokus auf Klang, Hören und Audiomedien intensiv weiter. Zugleich müssen wir aber auch feststellen, dass journalistischer Pluralismus und publizistische Teilhabe aller Gesellschaftsgruppen nicht einfach umzusetzen sind. Eine der größten Hürden besteht unserer Erfahrung nach darin, dass Teilhabe nicht erzwungen oder aufgedrängt werden kann.

Lassen Sie uns abschließend noch auf Ihre Arbeit in Tübingen eingehen, die Sie bereits kurz erwähnt haben. Wie gestaltete sich Ihr Teilprojekt?

In Tübingen haben wir mit mehreren unterschiedlichen Partnern in kleinen Projekten zusammengearbeitet und dadurch eine große Zahl von Jugendlichen erreicht. Ein thematischer Fokus lag darauf, Inklusion über das Medium des Klangs zu erreichen. Wir haben in den Projekten schwerpunktmäßig mit Audiomedien gearbeitet und das Hören als einen Weg erprobt, wie Jugendliche unterschiedlicher Nationalitäten und unterschiedlicher Lebenserfahrungen miteinander in einen Austausch kommen können.

Die meisten unserer Workshops fanden schließlich im schulischen Kontext statt und gingen auf die Zusammenarbeit mit selbst oft projekthaft organisierten Initiativen zurück. So haben wir zum Beispiel im Rahmen der Projekttag einer Schule gemeinsam mit der dortigen Willkommensklasse eine Radiosendung über Migrationserfahrungen produziert, die sowohl an der Schule präsentiert als auch im lokalen Rundfunk ausgestrahlt wurde. ■

Matthias Becker

Referat EUo4 – Politikunterstützung

> m.becker@daad.de

erfahrung

Wegfindungen. Europaweit, global und digital



Protest gegen Wohnraumnot: Schlafmob von Studierenden in Münster 2013

Foto ©: ASTA der Universität Münster

Fokus Deutschland

TEXT: MARCUS KLEIN

Ein Blick über den Tellerrand, Teil 3: Internationale Mobilität, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, politische Unterstützung, und das in verschiedenen Bildungs- und gesellschaftlichen Bereichen. Für all das und noch einiges mehr steht Erasmus+ seit 2014 als gemeinsames Dach aller transnationalen Bildungsprogramme der EU. Erasmus+ ist nicht nur unbestritten eines der Vorzeigeprogramme der Europäischen Union, sondern auch für mehr als 10 Millionen Europäerinnen und Europäern er- und gelebtes Europa.

Die Ziele werden zum einen von all denen umgesetzt, die von den diversen Programmlinien profitieren – dazu zählen mobile Einzelpersonen ebenso wie kooperierende Hochschulen sowie andere Organisationen. Zum anderen sind es aber auch die Nationalen Agenturen, mit denen die EU bei der «Verwaltung» des Programms zusammenarbeitet, «[d]amit die Wege für die Teilnehmer zu Erasmus+ möglichst kurz sind und sichergestellt werden kann, dass [es] in den verschiedenen Ländern gut funktioniert», wie auf der entsprechenden Webseite der Kommission zu lesen steht.

Während über (ausgezeichnete) Projekte von Teilnehmenden berichtet wird, ist über die Nationalen Agenturen und deren Arbeit weit weniger bekannt. Mit dieser Serie möchten wir das ändern und Ihnen bislang unbekannt Perspektiven auf und Einsichten in Erasmus+ bieten. Während wir in den beiden vorangegangenen Ausgaben des *DAADeuro-letters* über Finnland (Nr. 67) und Kroatien (Nr. 68) berichtet haben, blicken wir diesmal auf Deutschland, das für das zweite Halbjahr 2020 turnusmäßig den Vorsitz im Rat der EU übernommen hat.

Die deutschen Nationalen Agenturen

Als eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zählte die Bundesrepublik Deutschland 1987 auch zu jenen 11 der damals 12 Mitgliedstaaten, die mit den Mobilitäten für Studierende im Rahmen des neu ins Leben gerufenen Programms **ERASMUS** (**EuR**opean **C**ommunity **A**ction **S**cheme for the **M**obility of **U**niversity **S**tudents) die ersten Schritte in eine, wie man heute weiß, Epoche europäischer Bildungszusammenarbeit setzten.¹ Die für die erste Umsetzung des Programms verantwortliche Nationale Agentur wurde im Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) angesiedelt, der als Verein der deutschen Hochschulen zur Förderung des internationalen Austauschs von Studierenden

sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über entsprechendes Know-how verfügte.

Im darauffolgenden Jahr 1988, als mit «Jugend für Europa» das erste europäische Aktionsprogramm für

junge Menschen im außerschulischen Bereich anliefe, entschloss sich die Bundesrepublik – gleich wie die meisten anderen EWG-Staaten –, für die Ausführung in Deutschland eine eigene Stelle zu gründen: das «Deutsche Büro Jugend für Europa» beim IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Im Gegensatz zur Mehrheit der an den Bildungsprogrammen teilnehmenden Länder hielt die Bundesregierung an diesem Weg auch fest, als die nunmehrige Europäische Union in weiterer Folge Initiativen für Schulen (SOKRATES) sowie die Erwachsenenbildung (GRUNDTVIG) und die Berufsbildung (Leonardo da Vinci und Vorgängerprogramme) anstieß. Ausschlaggebend dafür waren die föderalen



¹ Nicht daran teilnahm ursprünglich Luxemburg, das zu diesem Zeitpunkt über keine eigene Hochschule verfügte. Es folgte erst 1988.

Deutschland aus der touristischen Sicht der russischen Illustratorin Ekaterina Beskova. © Shutterstock

Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im Deutschen Akademischen Austauschdienst (NA DAAD)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Bereich Hochschulbildung

Aufgabenfelder

- ▷ Information und Beratung deutscher Hochschulen zu den zentralen und dezentralen Maßnahmen von Erasmus+: Mobilität von Einzelpersonen (Leitaktion 1), Auslandsaufenthalte von Studierenden und Hochschulpersonal innerhalb und außerhalb Europas (Leitaktion 2) sowie Politikunterstützung (Leitaktion 3) begleitend dazu
- ▷ Beratung zu zentralen Maßnahmen wie den Europäische Hochschulen
- ▷ Koordination (mit finanzieller Unterstützung des BMBF) des Projekts «Europa macht Schule» und der Lokalen Erasmus+ Initiativen
- ▷ Begleitung der deutschen Hochschulen bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses und Begleitung des deutschen Engagements im ASEM-Bildungsprozess

weitere Details unter eu.daad.de

Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps (NA JUGEND für Europa)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Bereich Jugend

Aufgabenfelder

- ▷ Information über Ziele, Möglichkeiten, Richtlinien und Schwerpunkte von Erasmus+ JUGEND IN AKTION
- ▷ Förderung von internationalen Jugendbegegnungen, transnationalen Initiativen Jugendlicher, Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte der nicht formalen Bildung im Jugendbereich, Strategischen Partnerschaften und des Strukturierten Dialogs zwischen politischen Entscheidungsträgern und jungen Menschen

weitere Details unter

www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/taetigkeitsfelder/

Nationale Agentur für EU-Programme im Schulbereich (NA PAD [Pädagogischer Austauschdienst des Sekretariats der Kultusministerkonferenz])

Geschäftsbereich der Kultusministerkonferenz

Bereich schulische Bildung

Aufgabenfelder

- ▷ Information, Beratung und Unterstützung zur Umsetzung von Mobilitätsprojekten für Schulpersonal (Leitaktion 1) sowie Schulpartnerschaften und Konsortialpartnerschaften (Leitaktion 2)
- ▷ Nationale Koordinierungsstelle für das europäische Schulnetzwerk eTwinning
- ▷ Anbahnung und Förderung von Partnerschaften und Projekten sowie Durchführung von Tagungen zur Weiterentwicklung des Programms

weitere Details unter

www.kmk-pad.org/programme.html

Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA BIBB)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Bereich allgemeine und berufliche Bildung

Aufgabenfelder

- ▷ Information und Beratung über sowie Umsetzung von Auslandsaufhalten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung für Lernende und Bildungspersonal (Leitaktion 1) und Kooperationen von Organisationen, Unternehmen, Behörden und Initiativen (Strategische Partnerschaften, Leitaktion 2)
- ▷ Aufgaben im Rahmen des Nationalen Europass Centers
- ▷ Nationale Koordinierungsstelle EPALE
- ▷ Förderung von Auslandsaufhalten in der Berufsbildung weltweit
- ▷ Agentur für das Deutsch-Israelische Programm zur Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung (Israel-Programm)

weitere Details unter www.na-bibb.de/ueber-uns/



Foto ©: NA PAD/Privat

«Ich glaube, dass Schulen, die europäische Zusammenarbeit angehen, das virtuell und digital gut beherrschen. Die sind viel besser unterwegs, als vielfach behauptet wird. Unabhängig davon muss das neue Programm aber noch viel einfacher werden. Wir wollen vor allem neue Schulen zur Programmteilnahme bewegen.» Dr. Thomas Spielkamp

Bildungsstrukturen. Zudem gab es mit dem Pädagogischen Austauschdienst (PAD) des Sekretariats der Kultusministerkonferenz sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gut funktionierende Institutionen, die neue Aufgaben als Nationale Agenturen problemlos übernehmen konnten.

An dieser über die Jahre gewachsenen und vor allem bewährten Struktur mit 4 Nationalen Agenturen änderte sich bekanntermaßen mit der Vereinigung aller EU-Programme für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport unter dem Dach von Erasmus+ ab 2014 nichts. Die NA im PAD ist für den Schulbereich, die NA beim BIBB für allgemeine und berufliche Bildung, die NA JUGEND für Europa für Jugend und die NA DAAD für Hochschulbildung zuständig.² Deutschland zählt so zur Mehrheit der momentan 34 Programmländer, in denen Erasmus+ von mehr als einer NA umgesetzt wird.

Vielfalt und Einheit

Für ihre Bildungsbereiche stehen den deutschen Nationalen Agenturen im Rahmen von Erasmus+ je verschieden hohe Budgets zur Verfügung; der NA beim BIBB für den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung 2018 beispielsweise ein gutes Viertel aller Mittel (Leitaktionen 1 und 2), der NA DAAD für den Bereich der Hochschulbildung fast 50 Prozent.

Unterschiede lassen sich darüber hinaus, teils programmbedingt³, hinsichtlich der Rolle einzelner Förderlinien bei den Aktivitäten der Nationalen Agenturen konstatieren. So wurde zum Beispiel 2018 ein Viertel aller deutscher Mobilitätsprojekte (Leitaktion 1) von Organisationen im Verantwortungsbereich der NA JUGEND für Europa realisiert, während im gleichen Jahr bei Kooperationsprojekten zwischen Schulen, Hochschulen, Jugendorganisationen, Behörden und Unternehmen (Leitaktion 2) bundesweit etwas mehr als die Hälfte aller Organisationen von der NA PAD betreute Schulen waren.⁴

Bei alledem bleibt festzustellen, dass letztendlich die Herausforderungen für die NAs die gleichen sind. In normalen Zeiten sind sie gefordert, ihre Zielgruppen für Erasmus+ zu gewinnen, was ihnen auch gelingt, wie die in den letzten Jahren über alle Bildungsbereiche hinweg steigenden Antrags- und Teilnehmendenzahlen belegen. Und in einer Ausnahme-situation, wie sie sich durch das Coronavirus im Frühling dieses Jahres ergeben hat, gilt es, schnell Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Geförderte in Einzelmobilitäten wie auch in Kooperationsprojekten ihre europäische Erfahrung zu einem möglichst guten Ende bringen können. Oberstes Ziel ist es, Schaden von allen Programmteilnehmenden und damit dem Erasmus+ Programm insgesamt abzuwenden.

Und diese Aufgabe haben die Nationalen Agenturen, wie Dr. Stephan Geifes, Direktor der NA im DAAD, stellvertretend für seine Kollegen feststellt, ebenfalls gemeistert. Möglich war dies durch das Zusammenspiel von EU-Kommission, die «Flexibilität» gezeigt habe, und engagierten, teils unter erschwerten Bedingungen im Homeoffice arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

2 Kurzbeschreibungen finden sich unter <https://www.erasmusplus.de/wer-wir-sind/> [23.05.2020].

3 Lernende in der Erwachsenenbildung können zum Beispiel in der laufenden Programmgeneration nicht in der Leitaktion 1 gefördert werden.

4 Siehe Erasmus+ in Numbers 2018, online verfügbar unter <https://t1p.de/m1h2> [16.05.2020].



Foto ©: DAAD/Susanne Reich

«Erasmus+ ist mehr als ein rein akademisches Programm. Es ist ein europäisches Programm, das jungen Menschen in sehr prägenden Phasen ihres Lebens Europa erleben lässt. Diese erlebte und gelebte Vielfalt und Mehrsprachigkeit sollten sie dazu beflügeln, den erreichten europäischen Einigungsprozess weiter zu gestalten.» Dr. Stephan Geifes



Foto ©: NA beim BIBB

«Erasmus+ öffnet neue Perspektiven, gibt Anstöße. In der Berufsbildung gehen dabei von Deutschland auch viele Impulse aus, in der Erwachsenenbildung schauen wir manchmal neidisch nach Nordeuropa, denn dort spielt ganzheitliches lebenslanges Lernen noch eine ganz andere Rolle.» Klaus Fahle

Nicht absehbar sind zurzeit noch die mittelbaren Auswirkungen der Pandemie. Während der Fortbestand der überwiegend öffentlichen Hochschulen und Schulen nicht infrage steht, ist die Lage im Bereich der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung «aufgrund des großen Anteils nicht öffentlicher Einrichtungen» weit unsicherer. Es besteht «die große Gefahr», wie Klaus Fahle, Leiter der NA beim BIBB erklärt, «dass viele Einrichtungen die Coronakrise wirtschaftlich nicht überleben» werden. Ebenso «vor massiven existenziellen Fragen wegen ihrer ohnehin sehr geringen finanziellen und personellen Kapazitäten» sieht Hans-Georg Wicke, Leiter der NA JUGEND für Europa, «die Landschaft der Projektträger im Jugendbereich». Dieses gelte für Deutschland und «noch viel mehr für Organisationen im europäischen Ausland, wo der Jugendbereich weit weniger institutionalisiert ist.»

Lehren und Konsequenzen

Mit Blick auf die neue Programmgeneration von Erasmus+ haben die durch das Coronavirus verursachten Verwerfungen schlagartig verdeutlicht, wie wichtig Digitalisierung ist. Auch wenn sie traditionelle Formen der Mobilität und Zusammenarbeit nicht ersetzen werden, besteht aufseiten der NAs Einigkeit darüber, dass virtuelle Mobilität und digitale Zusammenarbeit in Zukunft noch bedeutsamer sein werden. Dazu sind entsprechende Anstrengungen notwendig und punktuell müssen Lehr- und Lernkonzepte überdacht sowie Rahmenbedingungen angepasst werden. Auf jeden Fall ist das eine Aufgabe, die für einige Bildungsbereiche und -einrichtungen eine größere Herausforderung darstellen könnte als für andere. Nicht alle sind in der vorteilhaften Lage von Schulen, die, wie Dr. Thomas Spielkamp, Leiter der NA für EU-Programme im Schulbereich, feststellt, beispielsweise auf die langjährigen Erfahrungen von Aktionen wie eTwinning zurückgreifen können, das «als geschützte Plattform gute virtuelle Kooperationsmöglichkeiten und Tools bietet».

Neuen Schub haben die Ereignisse der letzten Wochen und Monate zudem Forderungen verliehen, die bereits davor von vielen Seiten wiederholt geäußert worden und in die Brüssel bereits bekannt waren: Erstens müsse Erasmus+ flexibler gestaltet werden, um auf krisenhafte Situationen schneller reagieren zu können. Es wird zum Beispiel die Möglichkeit geben, so Dr. Stephan Geifes, «Mobilitäten demnächst auch online zu beginnen.» Und zweitens sei es notwendig, das Programm insgesamt einfacher zu machen. Dadurch könnten noch mehr Menschen erreicht werden und sie mithilfe von Erasmus+ die mitunter abstrakte und fern von der eigenen Lebenswirklichkeit scheinende Idee «Europa» konkret erfahren.



Foto ©: JUGEND für Europa/Jörg Heupel

«Aktivitäten in den Programmen müssen einen sehr viel größeren Projektcharakter erhalten, um verschiedene Formen von Zusammenarbeit und Begegnung für junge Menschen und Fachkräfte in Projekten miteinander verbinden zu können und ihnen eine einfachere Anpassung an verändernde Umstände zu ermöglichen.» Hans-Georg Wicke

Steigende Anerkennung von Auslandsstudienleistungen

2019 befragte der DAAD 6.000 Studierende zur Anerkennung ihrer im Ausland erbrachten Studienleistungen*

Anerkennungsquote aller erreichten ECTS-Kreditpunkte (in %)



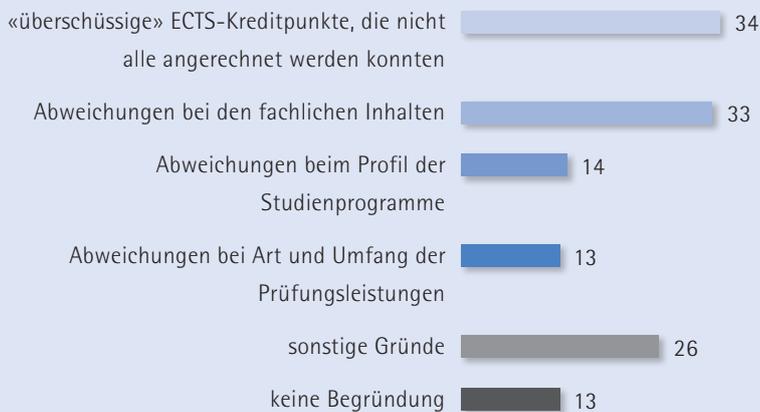
Anerkennungsquote aller anerkennungsfähigen ECTS-Kreditpunkte (in %)



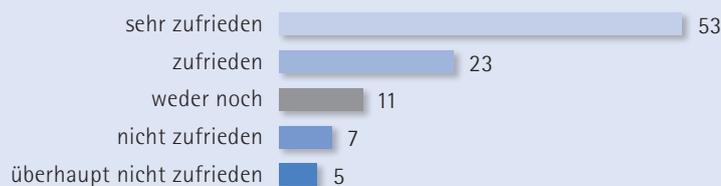
Anerkennungsquote nach Hochschulart und Hochschulgröße



Gründe für Nichtanerkennung (in %)



Zufriedenheit mit dem Umfang der Anerkennung (in %)

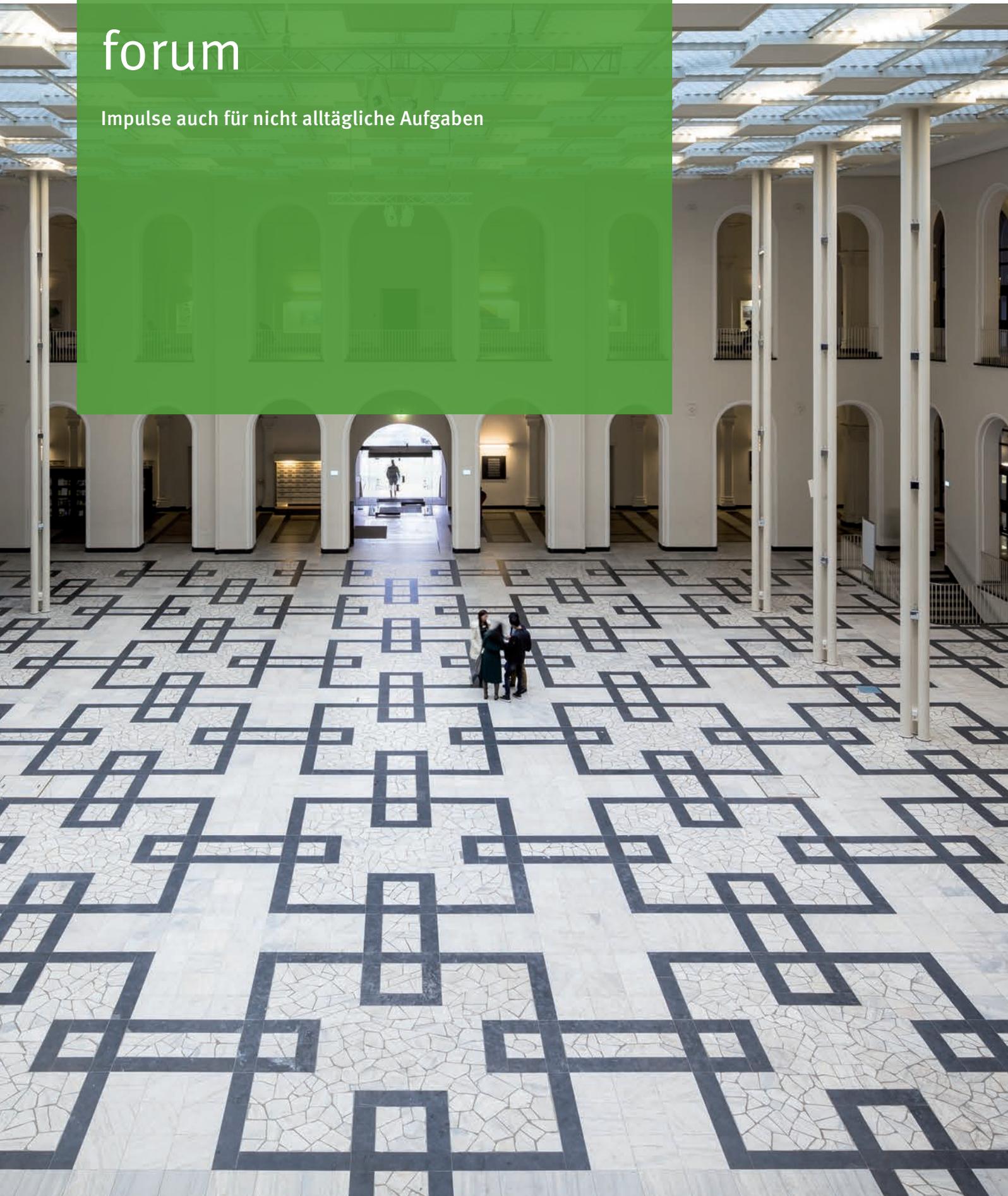


* Die befragten Studierenden haben zwischen 2017 und 2019 einen Studienaufenthalt durchgeführt.

Quelle: Factsheet Anerkennungsstudie, NA DAAD, 05.2020.

forum

Impulse auch für nicht alltägliche Aufgaben



Werte sind Basis allen Handels in deutschen Hochschulen

TEXT: MARINA STEINMANN

Gerade in Krisenzeiten ist die Verteidigung gemeinsamer Werte und die Zusammenarbeit mit Partnerländern besonders wichtig. An den Hochschulen im Europäischen Hochschulraum existieren nicht nur gemeinsame Wertvorstellungen, sondern es dürfte auch unterschiedliche Interpretationen der allgemein akzeptierten Werte geben. Wo Regierungen die Autonomie einzelner oder aller Hochschulen in einer Weise beschneiden, die für die Erhaltung gesellschaftlicher oder akademischer Werte bedrohlich erscheint, sind die Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Institution oder gar individueller Lehrender meist sehr beschränkt.

Wenn zum Beispiel Nationalismus die Suche nach Wahrheit als Leitprinzip allen hochschulischen Tuns ersetzt, wird nicht nur das Hochschulmanagement schwierig, sondern auch die Durchführung konkreter Projekte. Genauso verlangen durch andere Ereignisse ausgelöste Krisen oft einen gemeinsamen Ansatz für den kurz- und mittelfristigen Umgang mit diesen sowie für die Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen. Studierende von heute werden zu den Lehrenden von morgen, die die Zukunft von übermorgen gestalten, indem sie kommende Generationen ausbilden.

Professor Dr. Joybrato Mukherjee, der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD), hat zu Beginn seiner Amtszeit Digitalisierung, das Entstehen für gemeinsame Werte und Europa als zentrale Themen seiner Präsidentschaft benannt. Damit sind 2 der 3 zentralen Themen unmittelbar mit dem Eberbach-Appell verbunden*.

Hintergrund

Professor Mukherjee hatte 2019 europäische Hochschulleitungen und Entscheidungsträger aus europäischen Institutionen zu einem runden Tisch zu «Europäischen Werten» in das Kloster Eberbach eingeladen. Die prominent besetzte Runde kam überein, dass der Begriff «Europäische Werte» nicht hilfreich sei. Vielmehr gebe es eine Reihe von Werten, denen Hochschulen im Europäischen Hochschulraum und weit darüber hinaus verpflichtet seien. Bei diesen grundlegenden Werten handelt es sich einerseits um hochschulische Werte wie akademische Freiheit und institutionelle Autonomie, andererseits um gesellschaftliche Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Die Teilnehmer der Veranstaltung beschlossen, ihre Gedanken und Schlussfolgerungen zum Thema im Eberbach-Appell festzuhalten und den europäischen Bildungsministern zur Verfügung zu stellen. Das Papier ging nicht nur an die vorbereitende Bologna Follow-up Group, sondern wird auch in diverse Diskussionsforen auf anderer Ebene eingebracht.

Die Situation an den Hochschulen

Wenn unterschiedliche Auffassungen existieren oder vereinbarte Werte missachtet werden, entsteht häufig ein Konflikt zwischen Werten oder Wertesystemen. In der Praxis werfen derartige Konflikte Fragen auf, die individuelle Lehrende und einzelne Institutionen sehr unterschiedlich beantworten: Können Hochschulleitungen aufgrund eigener Überzeugungen die Vermittlung bestimmter Theorien unterbinden? Dürfen persönliche Überzeugungen, politische oder wirtschaftliche Interessen dabei eine Rolle spielen? Sollte die in Deutschland geltende Forschungsfreiheit so verstanden werden, dass dabei im Extremfall sogar entgegen den Interessen der gesamten Hochschule gearbeitet werden darf? Sind diametral entgegengesetzte Positionen vertretende Hochschullehrer ein Gewinn für die Institution und/oder die Studierenden? Oder sollte eher die Bildung von «fachideologischen Schulen» gefördert werden?

* Auf den Folgeseiten und online verfügbar unter <https://eu.daad.de/programme-und-hochschulpolitik/bologna/akteure-und-mitglieder/de/76913-appell-zur-staerkung-des-europaeischen-hochschulraums/> [16.06.2020].

Diese Fragen erfordern Lösungsansätze auf verschiedenen Ebenen: Studierende sollten laut Eberbach-Appell explizit mit Wertvorstellungen konfrontiert werden, um diese kritisch zu diskutieren und zu überprüfen. Institutionen sollten eher über (unterschiedliche) Werte informieren, als bestimmte Werte zu lehren. Kritisches Denken und den Umgang mit verschiedenen Ansichten zu lehren, ist Aufgabe der Hochschulen; ein spezifischer Kanon ist dafür nicht unbedingt erforderlich. Vorstellbar wäre aber die Thematisierung fachbezogener Ethik wie Wirtschafts-, Umwelt- oder Sportethik.

Bereits die Art und Weise, wie Wertevermittlung organisiert wird, steht für bestimmte Werte. Wichtig ist, dass sowohl bei der Definition von Zielen und Vorstellungen als auch bei der Umsetzung in der Praxis Akteure aller Ebenen der Hochschule beteiligt sind. Weiterhin ist nicht zu unterschätzen, dass alle Beteiligten Vorbildfunktion haben und die propagierten Werte und den Umgang mit diesen auch selbst leben müssen.

Unterstützend sind verschiedenste Ansätze denkbar: ein Reflexionsangebot in einer Art Studium generale, Angebote für Studierende, die einen Auslandsaufenthalt planen, oder für diejenigen, die zu Gast an der Hochschule sind. Studien haben nachgewiesen, dass Auslandserfahrung die persönliche Entwicklung, kritisches Denken sowie Werte- und Selbstreflexion voranbringt und gleichzeitig werterelevante Persönlichkeitsmerkmale wie Offenheit, Toleranz und interkulturelles Verständnis fördert. Mobilität ist zwar die beste Methode, Vielfalt zu erleben, aber der Vergleich von unterschiedlichen Wertesystemen, Diskussionskulturen und Lehrmethoden kann für weitere Kreise ebenfalls bereichernd sein. Gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden ohne Mobilitätserfahrung verschiedene Sichtweisen zu reflektieren, kann alle Beteiligten schulen, kritisch zu denken und sich der eigenen Rolle in der Gesellschaft bewusst zu werden.

Forderungen an die Politik

Insbesondere im Lichte von Fake News, Betrugs- und Plagiatsfällen sowie einer zunehmenden Skepsis gegenüber dem Wert von Wissenschaft ist die Vermittlung von Werten und die Stärkung von wissenschaftlicher Integrität zentrale Aufgabe der Hochschulen. Die Unterstützer des Eberbach-Appells appellieren an die Politik, in allen Systemen die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen. Dies gilt für Regelungen und Vereinbarungen zum Europäischen Hochschulraum, für nationale und regionale Gesetzgebung, aber auch für Evaluationen sowie Bewertungs- und Qualitätssicherungsvorgaben. ➔



Foto ©: Stiftung Kloster Eberbach

Marina Steinmann

Expertin für Hochschulzusammenarbeit

> steinmann@daad.de

EBERBACH-APPELL

Im September 2019 versammelte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) gemeinsam mit der Academic Cooperation Association (ACA) europäische Hochschulleitungen und Entscheidungsträger aus Hochschulorganisationen in Kloster Eberbach, um über «europäische Werte in der Hochschulbildung» zu diskutieren.

Die Teilnehmer bekräftigen Folgendes:

Der Europäische Hochschulraum (EHR) muss durch Kernwerte untermauert werden, auf denen Hochschulbildung und Forschung in Europa wie auch in anderen Teilen der Welt begründet wurden und auf Basis derer sie sich weiterentwickeln. Akademische Freiheit und institutionelle Autonomie, Ethik und Transparenz in Forschung, Lehre und Lernen sowie die Beteiligung von Hochschulpersonal und Studierenden an Gestaltung und Leitung von Hochschulen sind grundlegende Voraussetzungen dafür, dass die Universitäten ihren Auftrag, Wissen und Verständnis zu vermitteln, erfüllen können. Sie sind unerlässlich, damit Hochschulen einen Beitrag dazu leisten können, dass Europa nicht nur eine Interessengemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist.

Hochschulen sind ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie geben den Kern unserer in der Aufklärung verwurzelten Werte weiter. Unsere Identität als Mitglieder der akademischen Gemeinschaft, als Europäer und als Weltbürger basiert auf dieser Tradition sowie auf den europäischen Grundwerten: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und der Nichtdiskriminierung eines Bewerbers aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, einer Behinderung, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauungen, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status¹, wie sie in den grundlegenden Dokumenten des Europarats vereinbart wurden und allen Ländern des EHR gemein sind.

Auf die Grundwerte des Europäischen Hochschulraums (EHR) verständigten sich seine Mitgliedstaaten durch die Verabschiedung der Erklärungen und Kommuniqués der turnusmäßig stattfindenden Ministerkonferenzen.² Sie sind heute jedoch ernsthaft gefährdet – mehr als jemals zuvor in den zwei Jahrzehnten seit Beginn des Bologna-Prozesses und in den zehn Jahren seit der formellen Schaffung des Europäischen Hochschulraums. Daher ist es notwendig und an der Zeit, Alarm zu schlagen und sich für die Stärkung unserer Kernwerte einzusetzen. Wir fordern die Ministerinnen und Minister daher auf, die Werte des EHR zu bekräftigen und sicherzustellen, dass diese nicht nur in Erklärungen stehen, sondern im Bildungswesen insgesamt und an jeder einzelnen Hochschule auch gelebt werden.

Hochschulen tragen sowohl für grundlegende als auch für gesellschaftliche Werte eine Verantwortung

Im Zusammenhang mit dem EHR ist zwischen «grundlegenden Werten» wie akademischer Freiheit, institutioneller Autonomie,

Beteiligung von Studierenden und Mitarbeitenden und «gesellschaftlichen Werten» wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu unterscheiden. Für beide tragen Hochschulen eine Verantwortung.

Akademische Freiheit und institutionelle Autonomie sind zentrale Werte für Hochschulen, da sie diese direkt betreffen. Weder die Freiheit des einzelnen Mitglieds der akademischen Gemeinschaft, nach Wissen und Verständnis zu streben, noch die Autonomie der Institutionen, ihre eigenen Prioritäten zu setzen und sich selbst zu verwalten, können isoliert existieren. In manchen Fällen müssen schwierige Entscheidungen getroffen werden. Wenn Wissenschaftler Ansichten vertreten, die im Widerspruch zu den Werten stehen, auf die wir unsere Gesellschaft gründen, wird akademische Freiheit zu einem komplizierten Thema. Deshalb hat die Frage, welche Ansichten verbreitet werden sollen, in jüngster Zeit zu Konflikten darüber geführt, wer das Recht hat, an einer Hochschule zu lehren oder Vorträge zu halten.

Hochschulen sind auf finanzielle Unterstützung aus verschiedenen externen Quellen angewiesen und sind daher Druck von vielen Seiten ausgesetzt. Hochschulen arbeiten in finanziellen und politischen Zusammenhängen, die es mitunter erschweren können, sich denjenigen zu widersetzen, die ihre Forschung finanzieren, insbesondere wenn es sich um private Geldgeber oder Ministerien handelt, von denen die Hochschulen abhängig sind. Vor allem wenn Regierungen die institutionelle Autonomie beschränken und in einer Weise handeln, die im Widerspruch zu den Werten der Gesellschaft oder der Hochschulen steht, sind die Möglichkeiten von Leitung und einzelnen Lehrenden begrenzt und oft unbequem. Nicht nur die Leitlinien, sondern auch konkrete politische Projekte werden zu einem heiklen Thema, wenn beispielsweise Nationalismus und Populismus die Suche nach der Wahrheit als Leitprinzip von Hochschulen ersetzen. Wahrheit ist keine Frage von Mehrheiten. Allerdings können und sollten Hochschulen sich wehren, auch wenn sie nicht immer gegen eine autoritäre Regierungspolitik gewinnen werden. Sowohl Hochschulen als auch einzelne Wissenschaftler brauchen die Integrität, eine Kultur des Mutes zu pflegen, die auch dann an diesen Werten festhält, wenn dadurch ein Verlust des Ansehens oder der finanziellen Unterstützung droht.

Hochschulen haben also ein offensichtliches Interesse an den grundlegenden akademischen Werten. Sie tragen aber ebenso Verantwortung für unsere gesellschaftlichen Werte und sollten sie in ihren Bildungsauftrag integrieren.

Bildung muss mehr sein als der Erwerb von praktischen Kompetenzen, Fähigkeiten und Wissen. Vielmehr ist sie verantwortlich dafür, die Persönlichkeit und den Charakter junger Menschen zu formen und ihnen zu helfen, mündige und verantwortungsbewusste Bürger zu werden. Das schließt die offene und kritische Vermittlung von Werten ein. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass jeder Mensch vielfältigen Einflüssen ausgesetzt ist, insbesondere durch soziale Medien, und dass Studienanfänger bereits mit einem bestimmten Wertesystem an die Hochschulen kommen. Die Institutionen sollten sich dieses Kreislaufs bewusst sein: Sie bilden Lehrende aus, die später Schüler unterrichten werden. Lehrende sollten den Kindern von heute, die die Welt

¹ Vgl. Artikel III.1. des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region.

² Vgl. <http://www.ehea.info/page-ministerial-declarations-and-communiqués>.

von morgen gestalten sollen, nicht (nur) die Werte von gestern vermitteln, sondern berücksichtigen, dass sich Werte weiterentwickeln können. Kritischer Umgang mit Quellen ist eine grundlegende Kompetenz in der Forschung. Hochschulen müssen dies auch zu einer grundlegenden Kompetenz unserer Gesellschaft machen.

Hochschulen sollten Wissen über Werte vermitteln, statt spezifische Werte zu lehren

Die Aufgabe von Hochschulen besteht unter anderem darin, verschiedenen Ansichten Raum zu geben und den Umgang mit ihnen zu vermitteln. Sie dürfen keine Orte sein, die das Denken in vorgegebene Bahnen lenken.

Werte sollten durch Lehre vermittelt und durch wissenschaftliche Auseinandersetzung entwickelt werden. Bei den Lernergebnissen geht es nicht nur darum, was wir wissen, verstehen und tun können, sondern auch darum, was wir bereit sind zu tun – und zu unterlassen. Die Fähigkeit und der Wille sich in ethischer Reflexion und kritischer Analyse zu üben müssen fester Bestandteil jedes Studienprogramms sein. Studierende sollten explizit mit Werten konfrontiert werden; dementsprechend brauchen Studiengänge Raum für kritische Erörterung und Überprüfung von Werten. Dazu gehört auch, mit den Studierenden zu diskutieren, in welcher Art von Gesellschaft wir leben wollen. Die Art und Weise, wie dies organisiert wird, spiegelt bereits eine Reihe von Werten wider.

Die Vermittlung gesellschaftlicher Werte erfordert einen ganzheitlichen Ansatz

Struktur und Management einer Hochschule müssen ihren jeweiligen Werten entsprechen und die Studierenden einbinden. Leitungsmitglieder müssen selbst als Vorbilder agieren und diese Werte leben. Vor allem aber erfordert die Vermittlung von Werten einen ganzheitlichen Bildungsansatz und Teilhabe aller Akteursgruppen. Werte müssen sowohl durch eine theoretische Auseinandersetzung als auch durch eine praktische Umsetzung ausgebildet werden.

Zahlreiche Studien belegen, dass ein Auslandsstudium wesentlich dazu beitragen kann, kritisches Denken zu fördern, eine gefestigte Persönlichkeit zu entwickeln und über die eigenen Werte nachzudenken. Gleichzeitig kann es viele der vereinbarten Werte (Offenheit, Toleranz, interkulturelles Verständnis usw.) stärken. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, einen Raum für die kritische Vermittlung von Werten zu schaffen. Um dies erfolgreich und effektiv zu tun, braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Mobilität ist eine wichtige Erfahrung, die einen Vergleich zwischen Werten und Ansichten in verschiedenen Ländern ermöglicht. Der Austausch mit anderen über ihre Erfahrungen kann das kritische Nachdenken über staatsbürgerliche Werte unterstützen und den Studierenden dabei helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Eine weitere Aufgabe ist die Vermittlung von Integrität in Wissenschaft und Forschung, insbesondere angesichts der jüngsten Betrugs- und Plagiatsfälle einerseits und einer zunehmenden Skepsis gegenüber dem Wert der Wissenschaft andererseits.

Wenn gesellschaftliche Verantwortung zu einem zentralen Bestandteil des universitären Leitbilds werden soll, muss auch auf politischer Ebene gehandelt werden

Hochschulen müssen Verantwortung für die Vermittlung und Achtung von Werten übernehmen.

Wenn Werte ernst genommen werden sollen, muss die Art und Weise, wie sie diskutiert und gefördert werden, in Bewertungssysteme und Evaluationen einbezogen werden, etwa durch Anreize für Wissenschaftler, Studienprogramme und Institutionen.

Hochschulen sollten ihre Aktivitäten auf grundlegende und gesellschaftliche Werte stützen und eine entsprechende interne Kultur sowie entsprechende Verfahren entwickeln und pflegen.

Wir rufen die Ministerinnen und Minister dazu auf, sowohl im Europäischen Hochschulraum als auch in den einzelnen Bildungssystemen für ein Umfeld zu sorgen, das die erforderlichen Rahmenbedingungen schafft, um diesen wichtigen Auftrag der Hochschulbildung zu erfüllen.

Sjur Bergan, Leiter der Abteilung für Hochschulbildung, Generaldirektion Demokratie, Europarat
 Prof. Alastair Buchan, Direktor von Oxford in Berlin, Vereinigtes Königreich
 Prof. Dr. Mircea Dumitru, Rektor der Universität Bukarest, Rumänien
 Adam Gajek, ehemaliger Präsident der European Students' Union (ESU)
 Ulrich Grothus, Präsident der Academic Cooperation Association (ACA)
 Prof. Dipl.-Ing. Dr. Edeltraud Hanappi-Egger, Rektorin der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), Österreich
 Stéphane Lauwick, Präsident des Europäischen Verbands von praxisorientierten Hochschulen (EURASHE)
 Prof. Ginés Marco Perles, Dekan der Fakultät für Philosophie, Katholische Universität Valencia, Spanien
 Prof. Dr. Liviu Matei, Provost der Zentraleuropäischen Universität, Ungarn
 Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
 Dr. Sijbolt Noorda, Präsident der Magna Charta Observatory
 Prof. Dr. Igor Papič, Rektor der Universität Ljubljana, Slowenien
 Prof. Juan Jesús Pérez, Vizerektor für internationale Politik, Technische Universität Katalonien, Spanien
 Prof. Martine Rahier, Vizepräsidentin der European University Association, Schweiz
 Prof. Dr. Margit Sutrop, Leiterin des Ethikzentrums, Universität Tartu, Estland
 François Taddei, Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Forschung (CRI); Universität Paris-Descartes, Frankreich
 Prof. Maurizio Talamo, ordentlicher Professor für Informationssicherheit, Präsident der Universitätsstiftung INUIT-TOR Vergata, Universität Tor Vergata, Italien
 Prof. Chryssi Vitsilaki, Rektorin der Universität der Ägäis, Griechenland ■

Covid-19 und seine Folgen

Vielfältige Stimmen aus den Hochschulen

ZUSAMMENSTELLUNG: MARCUS KLEIN

Um die weitere Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 zu verlangsamen und so einer befürchteten Überlastung des deutschen Gesundheitssystems entgegenzuwirken, verfügten die Bundesländer Mitte März – in Absprache mit den Hochschulen – Maßnahmen, die allesamt auf eine Einschränkung direkter persönlicher Kontakte hinausliefen. Unter anderem wurden Bibliotheken geschlossen, Tagungen und Konferenzen abgesagt sowie Präsenzveranstaltungen bis auf Weiteres ausgesetzt. Im Rest Europas wurden etwa zur gleichen Zeit ähnliche Schritte gesetzt.

Die ursprünglich geltenden, mittlerweile aber wieder teils abgeschwächten Kontaktsperren, die einhergingen mit Ausgangsbeschränkungen sowie Aus- und Einreiseverboten, hatten weitreichende Auswirkungen auf den Forschungs- und Lehrbetrieb. Nicht zuletzt internationale Mobilitäten und Kooperationen im Rahmen von Erasmus+ waren und sind davon unmittelbar betroffen. Wie haben Studierende und Verantwortliche in den Akademischen Auslandsämtern auf diese Herausforderungen reagiert? Wir haben für Sie nachgefragt und ein paar Stimmen eingefangen.



wachsam ...»»

«Vor allem dank des ständigen Kontakts mit unseren Partnern in der Europäischen Hochschulallianz Arqus erahnten wir schon Mitte März, was auf uns zukommen wird. Auch deshalb bereiteten wir uns rascher als andere auf den digitalen Umzug in die Telearbeit vor. Nach anfänglichen Problemen läuft das mittlerweile auch sehr gut.

Die zweite große Aufgabe bestand und besteht in der Kommunikation mit den verschiedenen Zielgruppen des Akademischen Auslandsamts der Universität Leipzig [...]

Da niemand weiß, wie lange die Coronakrise noch unser Leben bestimmen wird, arbeiten wir weiter daran, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen [...] Wir bleiben auf jeden Fall

Dr. Svend Poller, Leiter des Akademischen Auslandsamts und Erasmus+ Hochschulkoordinator der Universität Leipzig

«Unsere Studierenden waren mit überwältigender Mehrheit an Informationen interessiert, wie sie ihr Auslandssemester unter den gegebenen Umständen am besten fortführen können, um Abbrüche unter allen Umständen zu vermeiden. Dies führte sogar dazu, dass sich Eltern an uns mit der Bitte gewandt haben, die Studierenden offiziell nach Hause zu «holen». Die Krise wurde von Studierenden und Eltern offenbar sehr unterschiedlich bewertet!»»

Jessica Weinig-Bach, International Office, Hochschule Koblenz



«Jeder, der ein Auslandssemester absolviert hat, erzählt von seinen Erfahrungen und Erlebnissen, die ihm oder ihr immer in Erinnerung bleiben werden, und genau so hatte ich mir das auch für mich vorgestellt. Dass ich letztlich nur einen Monat in der Hauptstadt der Insel Sardinien verbringen würde und nur eine Woche davon normal verlief, hatte ich nicht erwartet. Drei Tage Uni, ein Fußballspiel der Serie A, eine Wanderung, ein Ausflug nach Chia, zwei Mal baden im Meer und eine Pizza im Restaurant, das war die eine Woche. Den Rest der Zeit verbrachten wir zu Hause in Quarantäne, mit Drohnen und Helikoptern über der Stadt, bis wir realisiert hatten, dass das Auslandssemester, so wie wir es uns erhofft hatten, vorbei war.»»

Marieke Raatz, Masterstudiengang «Personalmanagement und Organisation» an der FH Bielefeld, Auslandssemester im Sommersemester 2020 mit Erasmus+ KA103 an der Università degli Studi di Cagliari, Italien



« I really appreciate the effort that the teachers are putting in to help us make use of our time. The international office also handles the situation very well, keeping us updated and making sure that everything and everyone is okay. Studying online is definitely not the same as being in class, social interaction has an impact on motivation. It's also unfortunate that we are not able to access the laboratories in order to do our engineering projects. »

Ahmed Amine Azzouz, Universität von Sfax, Tunesien, Auslandssemester im Sommersemester 2020 mit Erasmus+ KA107 an der FH Bielefeld, Fachbereich Wirtschaft und Gesundheit (Lehreinheit Wirtschaft)



« Mir geht es sehr gut in Schweden und ich bin tatsächlich froh, im Moment hier zu sein. Das Leben geht relativ normal weiter [...] An vielen Schulen – auch an meiner – machen wir Distanzunterricht mit itslearning, Digiexam und Microsoft Teams. Die Schule ist gut ausgestattet, alle Schülerinnen und Schüler haben eigene Schullaptops und waren schon vor Beginn mit itslearning vertraut.

Der schwedische Weg ist mittlerweile ebenfalls ein großes Thema in Deutschland [...] [E]s wird den Bürgerinnen und Bürgern geraten, mit Vernunft zu handeln. Und daran halten sich die meisten auch. »

Lena Leimgruber, Bachelorstudiengang (Lehramt) «English-Speaking-Cultures» und «Hispanistik» an der Universität Bremen, Erasmus+ Praktikum an einem Gymnasium in Schweden

« Als Praktikant in der deutsch-türkischen Handelskammer in Istanbul erreichten uns die Meldungen rund um die Pandemie rasch [...] Die Arbeit der AHK Istanbul wurden ins Homeoffice verlagert und Flüge aus spezifischen europäischen Ländern untersagt. Mir wurde klar, dass ich schnellstmöglich nach Deutschland zurückkehren musste, da ich ansonsten für mehrere Monate meine Familie nicht zu sehen bekäme. Ich [...] flog mit einer der letzten Maschinen in die Bundesrepublik. [...] In den Nachrichten sah ich mir dann öfter die Lage in der Türkei an. Bemerkenswert fand ich den sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung und die Einhaltung der teils sehr restriktiven Ausgangssperren und Regelungen im Kampf gegen die Pandemie. »



Ferhat Çalışkan, Masterstudiengang «Komplexes Entscheiden (Professional Public Decision Making)» an der Universität Bremen, Erasmus+ Praktikum bei der deutsch-türkischen Handelskammer in Istanbul, Türkei

Erasmus+ und Covid-19: Wichtiges und Wissenswertes

- ▷ NA DAAD: <https://eu.daad.de/service/erasmus-und-covid-19/de/>
- ▷ FAQ für Hochschulen: <https://eu.daad.de/service/faq/coronavirus/de/76108-coronavirus-und-erasmus-faq-fuer-hochschulen/>
- ▷ Hochschulrektorenkonferenz: <https://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/covid-19-pandemie-und-die-hochschulen/>
- ▷ Auswärtiges Amt: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/covid-19/2296762>
- ▷ Erasmus+ Covid-19 Mobility Status: <https://covid.uni-foundation.eu/>

Der mobile Begleiter für einen Auslandsaufenthalt

Die *entdecker*-App der Universität Leipzig

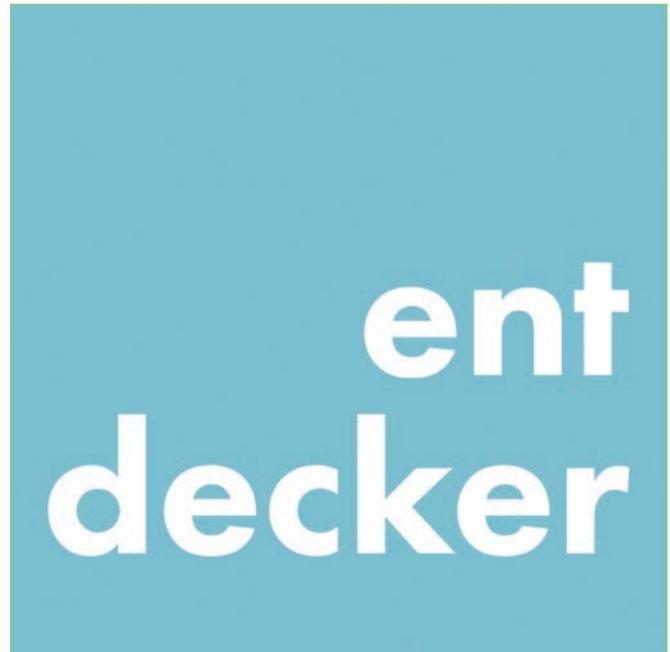
TEXT: KATHARINA PINGEL

Fristen, Anträge, verschiedene Ansprechpersonen – bei der Organisation eines Auslandsaufenthalts spielen viele Komponenten eine Rolle. Jetzt bloß nichts vergessen! Wäre es da nicht praktisch, einen mobilen Helfer auf dem Smartphone zu haben, der alle Informationen und Hilfestellungen rund um den Auslandsaufenthalt bereitstellt? Genau so einen Begleiter erarbeitet aktuell die Stabsstelle Internationales der Universität Leipzig unter der Projektkoordinatorin Katharina Pingel in Zusammenarbeit mit der Wiener Agentur Robimo GmbH. Die mobile App *entdecker*, die Studierende in jeder Mobilitätsphase umfassend unterstützen soll, wird zum Wintersemester 2020/2021 eingeführt.

Smarter Alleskönner

Die mobile Anwendung erweitert die bisherigen Informations- und Beratungsangebote und verknüpft verschiedene digitale Kommunikationskanäle wie die zentrale Website der Universität Leipzig und ihre Social-Media-Auftritte. Mobilitätsinteressierte können mithilfe der App bereits vor einem ersten Beratungsgespräch über speziell für ihre Situation relevante Auslandsangebote informiert werden.

Egal ob Studium, Praktikum, Fach- oder Sprachkurs – die *entdecker*-App umfasst Inhalte zu allen vier Aufenthaltsarten. Studierende können die App dabei vor, während und sogar nach ihrer Mobilität nutzen. Stets erhalten sie die Informationen, die speziell auf ihre Situation und ihre Mobilitätsphase abgestimmt sind. Dazu müssen sie lediglich in ihrem Profil einstellen, welche Art des Aufenthalts sie anstreben, in welcher Mobilitätsphase sie sich befinden und ob sie ins europäische oder außereuropäische Ausland gehen. Durch die Auswahl des Studienfachs können die Informationen in der App weiter spezifiziert werden.



Je nach Profileinstellung personalisiert sich so die *entdecker*-App: Es entsteht eine auf die Studentin oder den Studenten zugeschnittene Startseite, die Neuigkeiten, Links, Videos und Artikel zur jeweiligen Auswahl bereitstellt. Mithilfe von ergänzenden Funktionen wie FAQs, interaktiven Check- und persönlichen Packlisten, einem Stundenplan und den richtigen Ansprechpersonen können sich Studierende mit der App ganz individuell durch ihren Auslandsaufenthalt führen lassen.

Entdeckerstories – ein Highlight der App

Einen großen Bereich in der App nehmen die sogenannten Entdeckerstories ein. Dabei handelt es sich um Erfahrungsberichte Studierender, die bereits im Ausland waren und von ihren Eindrücken an der Hochschule und ihrem Leben vor Ort berichten. Die Beiträge vermitteln Authentizität und können Studierende motivieren, selbst ins Ausland zu gehen. Zusätzlich bieten sie Insidertipps und helfen so bei der Entscheidungsfindung für die richtige Art des Auslandsaufenthalts. In der App können Nutzerinnen und Nutzer diese bebilderten Entdeckerstories lesen oder selbst ihre Story zu ihrem Abenteuer Ausland schreiben und veröffentlichen. ■

Die NA intern

Das gegenseitige Sichkennen ist in einer Zusammenarbeit ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Deswegen stellen sich Ihnen in dieser Rubrik in jeder Ausgabe des *DAADeuroletters* einige unserer Kolleginnen und Kollegen vor.

Patrick Kahl



In der NA ...

habe ich Gelegenheit, mich in unterschiedlichsten Bereichen am Puls der Zeit zu engagieren: Zu meinen Aufgaben im Referat EU01 zählen insbesondere Abstimmungen mit unseren Mittelgebern, die stetige Optimierung des Qualitätsmanagementsystems sowie die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte, auch durch Schulung unserer Mitarbeitenden.

Ich habe ...

als Kulturhistoriker gelernt, welche gesellschaftliche Bedeutung kulturellen Transferleistungen zukommt. In meiner Arbeit für Erasmus+ liegt es mir daher besonders am Herzen, dass unsere Geförderten als Multiplikator*innen für ein offenes Europa wirken.

Meine Vision ...

ist ein Europa, das allen Menschen chancengleichen Zugang zu Bildung, Austausch und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Der Beitrag, den Erasmus+ hierzu bereits heute leistet, motiviert mich in meiner täglichen Arbeit.

Maximilian Pinnen



In der NA ...

bin ich seit Juli 2020 Digitalisierungsbeauftragter und unterstütze die Hochschulen dabei, sich erfolgreich den Herausforderungen der Digitalisierung von Erasmus+ zu stellen. Als Auditor konnte ich zuvor bereits an vielen Hochschulen sehen, wie das Erasmus+ Programm mit Leben gefüllt und dadurch zum Erfolg wird.

Ich bin ...

nicht nur durch mein Studium der Sozial- und Politikwissenschaften von der Leistung Europas zu 75 Jahren Frieden und Völkerverständigung überzeugt.

Meine Vision ...

für die neue Erasmus+ Generation: die möglichst umfassende Teilhabe weiter Bevölkerungsteile über alle Bildungsbereiche hinweg an der europäischen Idee. Mit dem Fokus auf Digitalisierung, Inklusion und Nachhaltigkeit bietet sich hier die Chance, weiteres Potenzial zu erschließen; für Europa: eine geeinte, wesentlich stärkere politische Union, die ein echtes Gegengewicht zu den stärker werdenden nationalistischen, xenophoben und intoleranten Tendenzen in jüngster Zeit darstellt.

Frauke Stebner



In der NA ...

bin ich seit 2 Jahren im Referat EU02 zusammen mit meinen Kolleginnen für die Umsetzung der außereuropäischen Mobilitäten verantwortlich. Dazu gehören neben der Beratung von Hochschulen unter anderem auch die Kommunikation mit externen Expertinnen und Experten zur Begutachtung von Mobilitätsanträgen und die Durchführung von Netzwerkveranstaltungen in Partnerländern.

Ich bin ...

von Hause aus Paläontologin und war während meiner wissenschaftlichen Arbeit auf einen vertrauensvollen Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt angewiesen. Die internationale Zusammenarbeit habe ich immer als berufliche und vor allem persönliche Bereicherung erlebt.

Meine Vision ...

ist, dass Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen wird, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu stärken. Ich bin überzeugt davon, dass Erasmus+ hierzu einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag leistet.

Herausgeber

Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit
Erasmus+ National Agency for
EU Higher Education Cooperation
Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. (DAAD)
Kennedyallee 50
D-53175 Bonn

<https://eu.daad.de>

<https://eu.daad.de/euroletter>

<https://eu.daad.de/newsletter>

<http://www.erasmusplus.de>

https://twitter.com/erasmus_daad

Redaktion

DAAD: Dr. Stephan Geifes (verantwortlich),
Martin Schifferings, Paul Assies, Julia Vitz;
cleevesmedia: Marcus Klein, PhD (Ltg.), Lutz Cleeves

Redaktionsschluss

30. Juni 2020

Konzeption und Layout

cleevesmedia, Meckenheim

Abbildungen ©

Titelseite: EU-Flagge: European Parliament/Drapeaux;
Tangram: AdobeStock

Druck

Kohlhammer, Stuttgart

Auflage

1.000 / Juni 2020

Alle Rechte vorbehalten

© DAAD

Diese Publikation wurde mit Mitteln der Europäischen Kommission und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Sie gibt nur die Meinung der Autoren wieder. Weder die Europäische Kommission noch das BMBF noch der DAAD sind für eine mögliche weitere Verwendung der enthaltenen Informationen verantwortlich. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert. Es wird jedoch keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten übernommen.

Anregungen, Kommentare oder Fragen können Sie uns gerne über erasmus+news@daad.de mitteilen.



Organisationsplan Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD

Stand 1. Juni 2020

Assistenz des Direktors: Katharina Schröder	k.schroeder@daad.de	-5235
Wissensmanagement: Cidém Altunay	altunay@daad.de	-8989
Internes Audit: Heike Frings	frings@daad.de	-8250

Dr. Stephan Geifes (Direktor)	
Erasmus+ Hotline:	0800 2014 020 erasmus@daad.de
Hotline Datenbanken:	0228 882 8700 mt-helpdesk@daad.de

Experten für EU-Hochschulzusammenarbeit: Marina Steinmann	steinmann@daad.de	-111
Experte für Soziale Teilhabe: Dr. Markus Symmank	symmank@daad.de	-556
Außenstelle Brüssel: Nina Salden	salden@daad.de	+32 (2) 60 95 28 5

EU01 Kommunikation, Qualität und Audit

Leitung: Martin Schifferings	schifferings@daad.de	-716
---------------------------------	----------------------	------

Öffentlicheitarbeit:		
Print- und Online-Kommunikation, Presse- und Kundenanfragen		
Julia Vitz (TL)	vitz@daad.de	-181
Paul Assies	assies@daad.de	-8850
Tobias Dörnenburg	doernenburg@daad.de	-8843
Conrad Lünden	c.lunden@daad.de	-8892
Miriam Palm	m.palm@daad.de	-5614
Susanne Reich	reich@daad.de	-755
erasmus.news@daad.de		
Veranstaltungsmanagement		
Kerstin Tanović (TL)	tanovic@daad.de	-8684
Babette Hofmann	hofmann@daad.de	-8502
Katharina Schröder	k.schroeder@daad.de	-5235
Dominic Volk	volk@daad.de	-5239
veranstaltungen-eu@daad.de		

EU02 Mobilität von Einzelpersonen

Leitung: Agnes Schulze-von Laszewski	laszewski@daad.de	-645
---	-------------------	------

Erasmus+ Mobilitätsprojekte:		
Andrea Fielenbach (TL)	fielenbach@daad.de	-8753
erasmus-mobilitaet@daad.de		
Erasmus+ Mobilität mit Programmländern		
Deniz Börner	boerner@daad.de	-327
Irène Fandio	fandio@daad.de	-415
Kerstin Karba	karba@daad.de	-5230
Parastou Mowlavidjou	mowlavidjou@daad.de	-8877
Dr. Nadine Rades	rades@daad.de	-5403
Anna Rupprath	rupprath@daad.de	-8784
Elena Sangion	sangion@daad.de	-8836
Francine Toé-Bender	toe@daad.de	-753
Danuta Zielezny	zielezny@daad.de	-718
Erasmus+ Mobilität mit Partnerländern		
Svenja Lena Neubauer	neubauer@daad.de	-5234
Petra Podlech	podlech@daad.de	-8869
Dr. Frauke Stebner	f.stebner@daad.de	-5206
europass@daad.de		

Programmauswertung, Statistik, Datenbanken, technische Information und Beratung:		
Marie Johann (TL)	johann@daad.de	-559
Rami Aikubaty	aikubaty@daad.de	-7980
Patrick Kahl	kahl@daad.de	-733
Kurt Süßlohn	suesslohn@daad.de	-336

EU03 Partnerschaften und Kooperationsprojekte

Leitung: Beate Körner	koerner@daad.de	-257
eu-hochschulen@daad.de		

Erasmus+ Strategische Partnerschaften:		
Britta Schmidt (TL)	bschmidt@daad.de	-735
Sandra Eiringshaus	eiringshaus@daad.de	-758
Amanda Henson	henson@daad.de	-8974
Mirjam Horn	m.horn@daad.de	-8966
Anita Kuczniarz-Jäger	kuczniarz@daad.de	-102
Lou Margaretha Künzel	kuenzel@daad.de	-8964
Gideon Liehr	liehr@daad.de	-8127
strapartner.eu@daad.de		

Europäische Hochschulen, Kapazitätsaufbauprojekte, Erasmus Mundus Joint Master Degrees, Wissensallianzen, Master Loan, Jean Monnet-Programm:		
Yvonne Schnocks (TL)	schnocks@daad.de	-477
Elisabeth Tauch	tauch@daad.de	-8651
capacitybuilding@daad.de		
jointmaster@daad.de		
wissensallianzen@daad.de		
jean-monnet@daad.de		
eu-hochschulen@daad.de		

Europa macht Schule:		
Martina Blindert (TL)	blindert@daad.de	-8629
Dominic Dimian	dimian@daad.de	-8722
Lisa Scheuring	scheuring@daad.de	-8756
europamaehschule@daad.de		
Analysen und Evaluation:		
Katrin Winter	winter@daad.de	-8663

EU04 Politikunterstützung

Komm. Leitung: David Akrami Flores	akrami@daad.de	-174
---------------------------------------	----------------	------

blogma hub:		
David Akrami Flores (TL)	akrami@daad.de	-174
Ralf Meuter	meuter@daad.de	-210
Jasmina Nikolic	j.nikolic@daad.de	-8980
Bettina Rosen	rosen@daad.de	-8741
bolognas@daad.de		
Europäische-Hochschulagenturen - Information, Analyse:		
Dr. Susanne Wilking	wilking@daad.de	-719

ASEM Bildungsprozess:		
Nina Knops	knops@daad.de	-494
Svetlana Srimow	srimow@daad.de	-5613
asem@daad.de		

Erasmus+ Politikunterstützung, Hochschulpolitik:		
Matthias Becker	m.becker@daad.de	-437
policysupport@daad.de		

Haushaltsangelegenheiten:		
Anita Polgári		
Claudia Velasco	Alexandra Preister	

Personalmanagement:		
Heiko Engelhard		
Irina Mener	Patricia Fischer	
Andrea Pillekamp	Margret Peulen-Hartung	

Technischer Dienst:		
Agata Buhl-Weinrich	Christian Hellweg	
IT-Anwendungen:		
Mouhcine Moutahid		

Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. (DAAD)
Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit
Postfach 20 04 04, D-53134 Bonn
Kennedyallee 50, D-53175 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 882-0
E-Mail: erasmus@daad.de
Internet: http://eu.daad.de



Erasmus+

NA DAAD
Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Nationale Agentur für
EU-Hochschulzusammenarbeit

Wenn nicht anders vermerkt, sind die oben
angegebenen Telefonnummern Durchwahlen.
Bitte wählen Sie vorher:
+49 (0)228 - 882 - Durchwahl

(TL) = Teamleitung

top

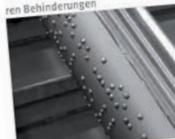
- 7 Inklusion im Hochschulbereich**
Zum Status quo und zu den Perspektiven einer vielschichtigen Herausforderung
Erasmus in Deutschland versteht Inklusion bisher im Hochschulbereich zuerst als Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie auslandsmobilen Eltern. In der neuen Programmgeneration soll der Begriff wesentlich weiter gefasst werden und Inklusion selbst eine der 3 thematischen Säulen sein. Markus Symmank geht deshalb der Frage nach, wie es um Inklusion speziell im Hochschulbereich bestellt ist und welche Herausforderungen es zu bewältigen gibt, zukünftig einen breiteren Inklusionsbegriff im Sinne von breiterer sozialer Teilhabe zu leben.
- 13 Chancengleichheit und Inklusion in Erasmus+**
Es ist ein erklärtes Ziel der laufenden Programmgeneration von Erasmus+, in allen Bildungsbereichen Chancengleichheit und Inklusion zu fördern. Zu diesem Zweck soll Teilnehmenden «aus benachteiligten Verhältnissen der Zugang zu bestehenden Angeboten erleichtert» werden.
- 13 Menschen mit Behinderung. Eine terminologische Klarstellung**
Die Begriffe zur Bezeichnung von Menschen mit Behinderung(en), genauso wie der gesellschaftliche Umgang mit ihnen, unterliegen einem historischen Wandel. Im heutigen Sprachgebrauch üblich ist die Bezeichnung «Menschen mit Behinderung».
- 14 Europäische Anstrengungen für mehr Inklusion in internationalen Hochschulaktivitäten**
Inklusion ist ein zentraler Baustein der zukünftigen europäischen Hochschulpolitik. Vor diesem Hintergrund richtete der DAAD Anfang 2019 in Brüssel gemeinsam mit europäischen Partnern eine Veranstaltung aus, um die neue horizontale Priorität näher zu betrachten.
- 16 Stimmen zur Inklusion**
- 18 der gastkommentar**
«Wer soziale Inklusion will, muss gegen soziale Schiefenlagen angehen»
Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde, plädiert für die Umsetzung eines ganzheitlichen Inklusionsbegriffs, wodurch die soziale Inklusion, verstanden als Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft im Sinne echter Chancengleichheit, endlich ein stärkeres Gewicht erhalten würde.



wirkung

- 23 Sonderförderung und Social Top-up**
Über Möglichkeiten im Rahmen der Mobilität mit Programmländern (KAs03) und Partnerländern (KAs07) Geförderte mit einem GdB ab 30 sowie Eltern mit Kind(ern) können ein Social Top-up aus Erasmus+ Projektmitteln des Projektträgers erhalten.

- 26 Ein wichtiger Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe** vorbereitende Reisen für Studierende mit schweren Behinderungen



Erasmus+ möchte möglichst vielen Studierenden einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. So können Studierende mit Behinderung (ab einem GdB von 50) seit 2019 bei bereits vereinbarten Mobilitätszuschüssen für vorbereitende Reisen beantragen.

- 28 Die gutachterliche Sicht auf Inklusion an Beispielen der Mobilität mit Partnerländern**
Unter Erasmus+ ist es wichtig, den Zugang zu Mobilitäten von Studierenden und Hochschulpersonal mit Behinderung zielgerichtet zu fördern. Gutachter bewerten entsprechende Maßnahmen und lassen sie in die Gesamtbewertung einfließen.

- 30 Spannende Betätigungsfelder für Inklusion: Kooperationsprojekte in Erasmus**

In der Entwicklung der aktuellen Programmgeneration von Erasmus+ spiegeln sich die politischen und gesellschaftlichen Änderungen der letzten 7 Jahre. Dabei rückten seit 2015/2016 Themen wie «Chancengleichheit und Inklusion», «soziale Teilhabe», «bürgerschaftliches Engagement» und «europäische Werte» in den Blickpunkt.

- 36 Andreas Thimmel: «Nicht nur ein Beitrag zur deutschen Wettbewerbsfähigkeit»** Ein Gespräch über soziale Inklusion von der Jugendarbeit an

Der gemeinsame Weg der European Youth Work soll nach Thimmels Meinung stärker in den Fokus deutscher Diskussionen über dieses Thema rücken und die praktische Umsetzung gleichzeitig intensiviert werden.

- 39 Partizipativer Journalismus als Politikunterstützung?** Das Projekt «INSPIRE als Beispiel der Förderlinie «Projekte Sozialer Inklusion»



Das Ziel des Projekts bestand darin, Ansätze eines partizipativen Journalismus zu entwickeln und dabei Milieus urbaner Jugend zu erreichen.

erfahrung

- 44 Fokus Deutschland**
Wir stellen Ihnen die 4 deutschen Nationalen Erasmus+ Agenturen, ihre Arbeit sowie ausgewählte Zahlen zur Anerkennung von Auslandsstudienleistungen vor.

forum

- 50 Werte sind Basis allen Handels in deutschen Hochschulen**
Der Eberbach-Appell – gerade in Krisenzeiten ist die Verteidigung gemeinsamer Werte und die Zusammenarbeit mit Partnerländern wichtig.



- 54 Covid-19 und seine Folgen**
Vielfältige Stimmen aus den Hochschulen

- 56 Der mobile Begleiter für einen Auslandsaufenthalt** Die entdeckte App der Universität Leipzig
Die mobile App, die Studierende in jeder Mobilitätsphase unterstützen soll, wird zum Wintersemester 2020/2021 eingeführt.

- 57 NA Intern**
Das gegenseitige Sichkennen ist in einer Zusammenarbeit ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Deswegen stellen sich Ihnen in dieser Rubrik in jeder Ausgabe des DAADeuroletters einige unserer Kolleginnen und Kollegen vor.

- 58 impressum**

Alle Ausgaben des DAADeuroletters können aus der Publikationsdatenbank der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit als PDF heruntergeladen werden:

<https://eu.daad.de/publikationen>

Die jeweils aktuelle Ausgabe des DAADeuroletters finden Sie zudem auch als E-Paper zum Durchblättern unter:

<https://eu.daad.de/euroletter>

